

wir gemacht haben, so ernst genommen fühlen, daß dies anerkannt wird als ein Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte. Ich denke, daß dies auch und ganz besonders eine Aufgabe der Enquete-Kommission ist. Manches ist nicht wiedergutzumachen, nichts ist wiedergutzumachen, aber wir müssen es wahrnehmen. Wir müssen die Schicksale ernst nehmen und so ernst nehmen, daß die Menschen, die sie durchgemacht und die von ihnen gezeichnet sind, sich ernstgenommen fühlen im gemeinsamen Deutschland, daß sie sich nicht als Menschen zweiter Klasse fühlen, denen noch einmal die Beine weggehauen werden. Auch solche Erfahrungen haben wir gehört.

Es ist oft auch eine finanzielle Frage, aber nicht nur. Es ist eine Frage der Anerkennung, es ist auch eine Frage gezielter Förderung. – Über die Reflexion, was dies alles bedeutet, soll das nächste Gespräch geführt werden, das Podiumsgespräch unter Leitung von Martin-Michael Passauer. Wir wollen damit erst in fünf Minuten beginnen, damit man sich zuvor etwas die Beine vertreten kann. Jetzt ist es 16.45 Uhr, wir beginnen neu um 16.50 Uhr.

Herzlichen Dank allen, die hier geredet haben.

(Unterbrechung von 16.45 bis 17.01 Uhr)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Meine Damen und Herren, damit wir nicht noch weiter Zeit verlieren, und Zeit ist ja auch heute ganz besonders kostbar, wage ich es jetzt, den letzten Teil der öffentlichen Anhörung am heutigen Tage zu eröffnen.

Die Enquete-Kommission – so hat es vorhin der Vorsitzende schon gesagt – wird heute abend noch nach Hohenschönhausen fahren. Wir sind dort auch zu einer bestimmten Zeit angemeldet und wollten eigentlich um 18.30 Uhr von hier abfahren. Das hieße also, wir hätten jetzt knapp anderthalb Stunden Zeit. Da auch hier wieder Menschen sitzen, die sich auf diese Anhörung präzise vorbereitet haben, wäre es gut, wenn wir die Zeit inhaltlich ausschöpfen.

Ich sage nur etwas zur Struktur der Anhörung heute. Wir hatten zu dem großen Thema „Die SED-Diktatur – politische, geistige und psychosoziale Unterdrückungsmechanismen“ oder auch „Erfahrungen im Alltag“ mit zwei theoretischen Vorträgen begonnen, das heißt mit Vorträgen, die sich mit inhaltlichen Fragen beschäftigt haben. Danach kamen in einem weiteren Schritt die öffentliche Anhörung und der Bericht von Erlebniszeugen. Etliche haben gesagt, die Zeit des Gesprächs, die Zeit der öffentlichen Anhörung über dieses Podium hinaus war zu kurz. Wir wollten uns gerne, so sagten manche, auch noch melden; das war nicht möglich.

Es ist so, daß wir jetzt in einem dritten Schritt ein Podiumsgespräch – so ist es jedenfalls vorgesehen – hier mit Einbeziehung des Plenums durchführen wollen. Wir fünf, die wir hier vorne sitzen, haben uns so geeinigt, daß wir selber zunächst versuchen, kurz darzustellen, wo wir herkommen – ich sage gleich noch etwas dazu –, und dann aber schon das Plenum darauf reagieren

kann, so daß wir dem Gespräch mit dem Plenum noch einen größeren Raum einräumen, als es bisher der Fall gewesen ist. Aber auch bei den einzelnen Gesprächsbeiträgen im Plenum würde ich Sie sehr herzlich bitten, sich kurz zu fassen, so daß wir möglichst viele anhören können.

Wir haben bei der Konzeption dieses dritten Teils darauf geachtet, daß jetzt hier nicht wieder Theoretikerinnen oder Theoretiker sitzen, die sich sehr intensiv mit den Dingen beschäftigt haben, sondern Menschen wie Sie und ich, Menschen, die mit ausgesprochenem Herzklopfen hier vorn sitzen, weil sie von dem erzählen wollen, was in ihnen ist, was sie bewegt, die aber auch des öffentlichen Redens bisher so nicht kundig sind. Das macht das Gespräch aus. Es reden also nicht Fachleute, sondern es reden hier vier Menschen, die wir ausgewählt haben, von ihren eigenen Erfahrungen. Es könnten theoretisch viele von Ihnen, die heute hier anwesend sind, genauso hier vorn sitzen.

Wir haben uns so geeinigt, daß jede und jeder dann kurz etwas zu seiner eigenen Biographie sagt, so daß ich sie jetzt nicht näher vorzustellen brauche. – Es hat sich freundlicherweise Frau Edeltraut Pohl zur Verfügung gestellt. Sie sitzt rechts von mir. Weiter haben sich zur Verfügung gestellt Frau Jutta Seidel – sie sitzt links von mir –, Herr Professor Dr. Herbert Wolf – er sitzt von mir aus links außen – und Herr Michael Beleites – von mir aus rechts außen. Ich bin Martin-Michael Passauer, Diskussionsleiter, und ein Sachverständiger dieser Enquete-Kommission, der sich besonders mit dem Thema Kirchenfragen beschäftigt. Ich bin Pfarrer und Superintendent hier in Berlin Mitte und Prenzlauer Berg.

Daß sie etwas Biographisches zu sich sagen, daß heißt also ganz kurz erzählen, wer sie sind und wo und wie sie in der DDR gelebt haben. Nach dieser ersten kurzen Anhörung, nach dem ersten kurzen Durchlauf wollen wir dann in einem zweiten Gang jeden bitten, daß er an ein oder zwei Stellen aus seinem Leben Geschichte erzählt, wo Eingriffe in sein persönliches Leben passiert sind und wie sie passiert sind, damit wir dann dieses Gespräch auch unter der Fragestellung, die wir vorhin schon miteinander angedacht haben, führen können: Haben diese Eingriffe eigentlich aufgehört? Wie wirken sie? Wirken sie noch? Wirken sie in anderer Form weiter? – Diese Fragen wollen wir dann weiter auch hier in dem Gespräch ventilieren.

Edeltraut Pohl: Ich bin 1942 geboren, habe drei Kinder, bin verheiratet. Ich habe eigentlich einen technischen Beruf. Ich komme aus der Projektierung des Meliorationswesens, und ich habe jahrelang, als meine Kinder klein waren, zu Hause auf Honorarbasis gearbeitet. Ich wurde dann einmal von einer Bekannten gefragt, ob ich nicht Lust habe, bei ihnen in der Schule anzufangen. Sie brauchten da unbedingt dringend jemand.

Ich habe mir das angesehen und gesagt: Nein, das kann ich nicht. Dieser Schulablauf ist nichts für mich. – Nach einem Jahr habe ich dann doch dort angefangen, ich habe dort im Büro gearbeitet und die kleineren Kinder

zum Schwimmen begleitet, manchmal auch eine Vertretungsstunde im Fach Technisches Zeichnen gemacht. Meine Kinder sind selber auch groß geworden; sie sind im evangelischen Kindergarten gewesen, in der Nachbargemeinde. Die Dinge, die mich also bewogen haben, wieder aus der Volksbildung herauszugehen, sind eigentlich für mich damals schwierig zu verkraften gewesen.

Als unser Sohn ungefähr vierzehn Jahre alt war, habe ich mit ihm eine Osternacht besucht. Damals war ich schon in der Volksbildung, und wir trafen dort im Vorraum ein Mädchen, das ich aus der Schule kannte. Als sie mich sah, bekam sie einen Riesenschreck und ging also fort. Ich habe sie dann auch nicht mehr gesehen, habe sie aber dann in der Schule am nächsten Tag gefragt: Warum bist du gegangen? Da sagte sie mir, sie hatte Angst, daß ich dem Direktor darüber berichten würde, denn sie wußte, daß der Direktor der Schule die Kinder aufgefordert hat, zu Veranstaltungen der Kirche zu gehen, um sie am nächsten Tag wieder zu sich zu holen, damit sie darüber berichten können. – Ich habe darüber mit meinem Bruder gesprochen, der hier in Berlin Pfarrer ist.

Einmal wurden zum Beispiel die Taschen der Kinder kontrolliert, und aus der Schulmappe eines Mädchens aus der zweiten Klasse wurde ein Bild, eine Fotografie entfernt. Wie sie hineingekommen ist, wissen wir nicht. Sie stellte einen Papierkorb dar, in den Gewehre gestellt waren. Darüber stand: Gebt den Kindern kein Kriegsspielzeug! Dieses Material, dieses Bild wurde an die SED-Kreisleitung geschickt, und die Betriebe der Eltern wurden informiert.

Ich denke, daß diese beiden Beispiele genügen. Ich könnte noch etliche mehr aufführen, die ich dort in der Schule erlebt habe, wie mit Kindern umgegangen worden ist. Aber für mich war eigentlich ausschlaggebend, daß Kinder mißbraucht wurden, um andere Kinder, die zu kirchlichen Kreisen gegangen sind, dort anzuschwärzen und sie zu melden. Ich weiß, daß die Meldungen dann immer an die Kreisleitung und die Betriebe der Eltern gegangen sind. – Das erst einmal so weit.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Michael, machen Sie weiter?

Michael Beleites: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, hierher eingeladen worden zu sein. Ich gehöre zu den Jüngeren, bin 1964 in Halle geboren und im Pfarrhaus aufgewachsen, in der Nähe von Zeitz, im Braunkohlenindustrialgebiet, und habe dann nach der zehnten Klasse eine Berufsausbildung mit Abitur machen wollen, diese aber nicht erhalten. Das wurde damals mit mangelnden Leistungen begründet. Ich weiß aber, daß Mitschüler mit noch schlechteren Leistungen genommen wurden, die sich allerdings verpflichtet hatten, für eine längere Zeit zur Armee zu gehen. Dann habe ich eine Berufsausbildung als zoologischer Präparator gemacht und bin dadurch nach Gera gekommen.

Ich bin – eigentlich auch schon von Zeitz her – in Gera in die kirchliche

Umwelt- und Friedensbewegung hineingekommen, habe mich dort seit Anfang der achtziger Jahr engagiert und habe mich dann – weil ich in Gera lebte und dachte, das auch konkret und am Ort machen zu müssen – mit dem Problemkreis Uranbergbau beschäftigt. Direkt östlich an Gera angrenzend befand oder befindet sich das größte Uranabbaugebiet Europas, das unter sowjetischer Herrschaft stand und eigentlich eine Art Ausnahmezustand bildete. Es war ein Tabuthema, einmal wegen des militärischen Verwendungszweckes des Urans – das war sozusagen ein Teil des sowjetischen Atombombenprojektes –, zum anderen, weil dieser Uranbergbau Opfer verursacht hat. Das waren keinesfalls nur die Bergarbeiter selbst, sondern auch Menschen, die in der Umgebung wohnten und diesen Strahlenbelastungen ausgesetzt waren und dann in größerer Anzahl von Erkrankungen betroffen wurden, die von dieser radioaktiven Umweltbelastung herrührten. Wir hörten das ja vorhin schon an einem sehr drastischen Beispiel.

Ich habe dann recherchiert, und wir haben im März 1987 ein Seminar veranstaltet. Dann habe ich diese Ergebnisse zusammenfassen wollen beziehungsweise zusammengefaßt und daraus die Dokumentation „Pechblende – der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“ geschrieben. Diese Dokumentation wurde vom kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg und vom kirchlichen Ärztarbeitskreis in Berlin herausgegeben. Diese sechzigseitige Dokumentation habe ich damals nicht nur selber geschrieben, sondern dann auch noch selbst gedruckt. Im Keller der Berliner Zionskirche habe ich dann eine Woche lang an der Wachsmatrizedruckmaschine gestanden und gekurbelt.

Es hat dann natürlich sehr großes Aufsehen bei der Staatssicherheit erregt, daß dieses Tabuthema dann doch relativ detailliert beschrieben war, mit allen seinen Folgen. Ich habe sehr schlimme Repressionen erleben müssen. Mir wurde unter Androhung von Gewalt verboten, mich in Kirchen zu diesem Thema weiter zu äußern, an diesem Thema weiter zu arbeiten. Es wurden Drohbriefe an das Forschungsheim und an mich geschickt, um eine zweite Auflage dieser Dokumentation zu verhindern.

Das war nur ein Teil dieser Stasirepressionen; die hatten schon 1982 angefangen. Seitdem bestand nämlich ein sogenannter operativer Vorgang gegen mich wegen dieser Mitarbeit in den kirchlichen Friedens- und Umweltgruppen. Ich gehörte dann auch zu einem Kreis, der politische Ost-West-Begegnungen mit organisiert hat – so lange, bis dann die westdeutschen Teilnehmer nicht mehr einreisen durften. Dann haben wir uns in Ungarn und in Polen getroffen; dann schließlich durften einige andere Ostdeutsche und auch ich nicht mehr ausreisen. Wir hatten zwei Jahre lang Ausreisesperre.

Das heißt, man hat mir nicht gesagt, von jetzt an dürfe ich nicht mehr reisen, sondern ich mußte immer wieder zur Grenze hinfahren, um zu probieren, ob ich denn noch durchkomme. Das ist eine ausgesprochen entwürdigende

Prozedur, aus dem Zug geholt zu werden, von den Freunden getrennt zu werden und auf dem gegenüberliegenden Bahnsteig in Bad Schandau in der Kälte zu warten, bis dann der nächste Zug zurückfährt, und nicht zu wissen und nicht zu erfahren, wie lange das so weitergeht, sich nicht mit den Leuten auseinandersetzen zu können, die das veranlaßt haben.

Diese Reisesperre, die ja bei vielen Leuten in der Opposition eine Methode war, hat natürlich nicht nur zur Isolation gegenüber den westdeutschen oder auch osteuropäischen Freunden geführt, sondern hat eine generelle Isolation bewirkt, weil ich ja mit meinen ostdeutschen Freunden nicht mehr zusammen in Urlaub fahren konnte. Die fuhren natürlich ins Ausland, und ich war der, der zu Hause blieb. Das ist eine Form dieser Zersetzungsmaßnahmen gewesen, über die bisher noch relativ wenig berichtet worden ist.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Können wir vielleicht einen Moment unterbrechen, um noch die anderen Biographien zu hören, weil es jetzt schon bißchen ins Detail geht?

Michael Beleites: Ich wollte nur kurz noch zu meiner Biographie sagen, daß ich im Herbst 1989 dann ins Bürgerkomitee in Gera gegangen bin, die Stasi dort mit aufgelöst habe, relativ frühzeitig – Anfang 1990 – meine eigene Akte zu sehen bekam, diese dann heimlich kopiert habe, obwohl ich es eigentlich nicht durfte, und daraus dann anhand dieses Falles versucht habe, darzustellen, wie Zersetzung, Repression ohne Gefängnis funktioniert hat. Darüber habe ich dann das Buch „Untergrund“ geschrieben, das 1991 erschienen ist.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Jutta Seidel hat jetzt das Wort.

Dr. Jutta Seidel: Ich bin Jahrgang 1950, geboren in Brandenburg, Tochter eines Lehrers – was bedeutet, daß ich privat zur Anpassung erzogen worden bin, was ich meinem Vater nicht vorwerfe. Das war halt in den fünfziger Jahren so.

Mein erstes großes politisches Erlebnis war die Zeit um 1968, Prag 1968. In furchtbarer Scham darüber, daß wir mit dem Bus an die Strecke gekarrt wurden, wo die NVA wieder begrüßt wurde, als sie aus der CSSR zurückkam, bin ich da noch mitgefahren, habe mich aber in der dritten, vierten, fünften Reihe gehalten und mich, wie gesagt, fürchterlich geschämt. Von da an habe ich einfach so für mich nichts mehr richtig mitgemacht, was von mir erwartet wurde und hinter dem ich nicht stand.

Ich habe dann in Berlin Zahnmedizin studiert und dort im Seminar schon meine ersten Schwierigkeiten bekommen. Ich habe versucht, Schriftsteller wie Günter Kunert und Jurek Becker reinzuholen, die dann dort auch gelesen haben. Mein Vorschlag, Wolf Biermann zu holen, war dann endgültig das Aus meiner Mitarbeit in diesem Studentenclub.

Ich bin dann in die ESG gegangen, zur Evangelischen Studentengemeinde,

was sicher für meine politische Entwicklung sehr wichtig war, weil es dort einen Freiraum gab. Von da an habe ich sozusagen zwei Leben gelebt; das eine war das Studium, später die Arbeit, und das andere war dieser politische private Bereich.

1982 – da habe ich dann schon gearbeitet – habe ich mit 150 Frauen eine Eingabe gegen den Plan geschrieben, im Fall der Mobilmachung auch Frauen zum Wehrdienst zu holen. Von an ging es mir beruflich und in meinem dienstlichen Umfeld schlechter, aber privat ging es mir besser, weil ich diesen Freundeskreis hatte und weil ich diese Leute hatte, die politisch sehr aktiv waren. Wir haben so eine Gruppe „Frauen für den Frieden“ gegründet, haben verschiedene Aktionen gemacht, sind ziemlich bedroht worden und haben einige Repressionen hinnehmen müssen. Das alles hat mir mehr geholfen als die Überanpassung, die ich allenthalben ringsherum in meinem Kollegenkreis und überall gesehen habe.

Das Endziel meiner politischen Entwicklung war dann sozusagen die Mitbegründung des Neuen Forum, was ich immer alles mit vollem Herzen betrieben habe. Jetzt habe ich mich mehr oder weniger ins Berufs- und Privatleben zurückgezogen, bin aber jederzeit bereit – und ich sehe durchaus, daß das auch wieder nötig wird –, mich wieder zu aktivieren und politisch tätig zu werden, wenn ich denn ein Feld finde, wo ich das tun kann. – Danke.

Prof. Dr. Herbert Wolf: Ich heiße Herbert Wolf, bin Anfang 1925 geboren.

Es wurde heute schon mehrfach erwähnt, daß die Motivation und die Verhaltensweisen der Menschen in der DDR sehr unterschiedlich waren. Das trifft auch für mich zu. In gewissem Sinne bin ich eine Ausnahme. Mein erstes Grunderlebnis waren 1945 und die folgenden Jahre. In meiner Kinder- und Jugendzeit und im Gefolge des faschistischen Krieges habe ich mich überzeugt, daß diese Ordnung des Kapitalismus – wie wir sagten – prinzipiell verändert werden muß. Ich habe mich also dem Sozialismus geweiht und versucht, ihn aufzubauen. Dieses Grunderlebnis hat auch mein gesamtes Leben bestimmt.

Ich habe Volkswirtschaft studiert, 1952 promoviert und war 1952 bis 1953 zu einem Zusatzstudium in Moskau. Ich habe mit zunehmenden Entsetzen die Stalinisierung der SED, der DDR und die letzten Monate, das letzte Jahr Stalins erlebt, und mir wurde klar: So geht kein Sozialismus. Ich habe dann ab Mitte der fünfziger Jahre die damals verbreitete Losung sehr ernstgenommen, und ich hielt sie auch für völlig richtig: Es hieß damals, daß der Sozialismus als noch sehr junge Ordnung gar nicht alle seine Möglichkeiten entfaltet hat und jetzt alle aufgerufen sind, ihn nun richtig zu gestalten.

Mein Fehler war wie der Brechts: Ich hatte Vorschläge gemacht. Erstens bin ich davon ausgegangen, daß ohne prinzipielle Demokratie keinerlei Sozialismus funktionieren kann. Zweitens war ich als Ökonom der Überzeugung, daß eine gesellschaftliche Planung und bewußte, zielgerichtete Regelung der

gesellschaftlichen und vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung auf keinen Fall bürokratische Befehlswirtschaft heißen kann, nicht nur der Effizienz wegen, sondern weil sie Unfreiheit und Unterdrückung und damit Untertanenverhalten erzeugt. Drittens bin ich in damaligen Diskussionen scharf gegen den Dogmatismus aufgetreten. Das hat dazu geführt, daß ich 1958 die erste und 1959 eine zweite, sehr schwere Parteistrafe bekommen habe.

Ich muß dazu sagen, daß ich 1956 an die Leipziger Universität, die damalige Karl-Marx-Universität, berufen worden bin, zum Professor mit Lehrstuhl und als Institutsdirektor für politische Ökonomie. Ich wurde Ende 1959 wegen parteifeindlichen Verhaltens, wegen Revisionismus relegiert, habe meinen Lehrstuhl verloren und bin als Planungsmitarbeiter in die Industrie gegangen. Ich erhielt knapp ein Viertel meines vorherigen Nettoeinkommens.

Zu einem zweiten, ganz entscheidenden Erlebnis muß ich noch etwas sagen. Das war für mich, als ich wieder einsteigen durfte (und sollte), indem meine Grundideen, wie man eigentlich Sozialismus machen könne und müsse, plötzlich ab Anfang der sechziger Jahre der Spitze wieder sehr erwünscht schienen. Das wurde mir signalisiert. Ich wurde praktisch direkt aus der Industrieverbannung 1962/1963 in die Leitung der Plankommission berufen, um die theoretischen Arbeiten zur Wirtschaftsreform – „Neues Ökonomisches System“ – mitzugestalten, wenn man so will, maßgeblich zu gestalten.

Ich habe in dieser Zeit erkannt, daß die Grundstruktur der politischen Systems in der Tat nicht erlaubt, eine wirksame Wirtschaftsreform zustande zu bringen, und zwar nicht nur innerhalb der DDR, sondern im gesamten damaligen sozialistischen Lager, wie es hieß. Das wurde Ende der sechziger Jahre durch den Einmarsch in die CSSR signalisiert, als eigentlich die Reformwilligkeit oder Reformbereitschaft und Reformfähigkeit über Bord geworden wurde. Ich verlor meine Funktion, meinen Auftrag, und ich wurde an eine Hochschule mit einem Lehrstuhl zurückgeschickt. Insofern muß ich sagen, daß es ganz vermessen wäre, mich da irgendwie als Opfer zu bezeichnen. Aber ich muß dazu auch bemerken: Ich habe in der Zeit meiner Tätigkeit an der Hochschule mehrere Jahre meine Rechte als Lehrstuhlinhaber im Sinne der Beteiligung am Fakultätsrat und an ähnlichen Dingen nicht ausüben können.

Ich habe auch de facto Publikationsverbot gehabt. Das erfolgte nicht offiziell, sondern das war so, daß die Redaktionen meine Ausarbeitungen entweder nicht annahmen, oder wenn sie sie annahmen, wurden sie nicht publiziert, oder wenn es publiziert wurde, wurde es nicht verkauft. Zwei meiner Publikationen, die immerhin offiziell hier in der DDR erschienen sind, sind entweder gar nicht – das betrifft eine in den siebziger Jahren – oder erst mit fünf Jahren Verspätung ausgeliefert worden. Ich habe aber dennoch in Zusammenarbeit mit gleichorientierten Menschen, Wissenschaftlern in anderen sozialistischen Ländern, darunter Abalkin und weiteren, in verschiedenen sozialistischen Ländern, auch in der UdSSR publizieren können.

In den letzten Jahren bis zu meiner altersmäßigen Emeritierung habe ich mich der studentischen Ausbildung gewidmet, insbesondere den Methoden der Ausbildung, um hier einiges verändern zu können.

Meine Damen und Herren, ich will das damit abschließen. Ich habe das dringende Bedürfnis, angesichts dessen, was wir heute hier gehört haben, zu sagen, daß ich – der ich bis zuletzt versucht habe, etwas Ordentliches aus dem gesellschaftspolitischen Ziel, das hier in der DDR verfolgt wurde, zu machen – mich in mehrfachem Sinne mitschuldig fühle. Mich erfüllt in gewissem Sinne sowohl Scham als auch Empörung darüber, was im Namen dessen, wofür man angetreten war – es hieß ja in dem Lied, das Menschenrecht sei zu erkämpfen; es ging darum, eine Gesellschaft zu gestalten, in der die Freiheit eines jeden die Grundlage für die freiheitliche Entwicklung aller sein soll –, geschehen ist und daß das so endgültig und so pervers umgekehrt wurde, daß so schlimme Dinge passiert sind.

Ich muß sagen, daß ich hier in dieser Kommission mitarbeite – ich bin als Experte Mitglied dieser Kommission –, hat seinen Grund darin, das abzuarbeiten, damit sich, von welcher Seite auch immer – ich betone –, von welcher Seite auch immer –, Derartiges nicht wiederholt.

Danke

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank Ihnen vielen, daß Sie auch so persönlich geredet haben. Daß sich nichts wiederholt – ich nehme dieses Stichwort einmal auf –, ist auch ein Ziel unserer Kommission. Das bedeutet aber, daß wir Strukturen, daß wir Mechanismen genau entdecken und erforschen. Zu diesem Zweck sind wir auch heute hier. Deshalb nehme ich noch einmal das Wort von Michael Beleites auf, der von Zersetzungsmaßnahmen gesprochen hat, der gesagt hat: Das Schwierigste ist, sich nicht mit denen auseinandersetzen zu können, die die Maßnahmen ergriffen haben.

Das heißt, das Schwierige für viele ehemalige DDR-Bürger ist bis auf den heutigen Tag, daß sie sich nicht mit denen – ob öffentlich oder nicht öffentlich – auseinandersetzen können, die die Maßnahmen ergriffen haben oder die an den Menschen in der DDR so schweren Schaden ausgelöst haben.

Deshalb würde ich jetzt Sie vier in einer zweiten Runde noch einmal bitten, uns das zum Stichwort Zersetzungsmaßnahmen noch einmal zu verdeutlichen. Können Sie eine einzige Situation schildern – ich weiß, daß jede und jeder von Ihnen jetzt noch einmal eine Stunde reden könnte –, die für unser Forum hier heute hilfreich wäre, an der deutlich wird, wie die Zersetzungsmaßnahmen, wenn sie denn nicht nur allein eine durchsichtige Repressionsmaßnahme waren, funktioniert haben? Wie haben sie bei Ihnen selber in Ihr eigenes Leben eingegriffen? – Wer kann dazu beginnen?

Michael Beleites: Ich würde dazu doch gern erst einmal kurz theoretisch etwas sagen, obwohl Sie hier eigentlich sagten, wir sollen diejenigen sein, die das praktisch sagen.

„Zersetzungsmaßnahmen“ hieß ein Begriff der Stasi, der meinte, Repressionsmaßnahmen anzuwenden, die nach außen hin nicht oder kaum sichtbar sind, bei denen zumindest nicht sichtbar wird, wer sie veranlaßt hat. Ich glaube, es gab eine Wandlung der Repressionsmechanismen in der DDR, wobei in den fünfziger/sechziger Jahren mehr mit grober Gewalt und vor allen Dingen mit Inhaftierungen gegen Kritiker vorgegangen wurde, während in den siebziger Jahren – zumindest nach Helsinki – wahrscheinlich die Linie so war, zwar Repressionen anzuwenden, aber diese nicht so sichtbar zu machen.

Es gab dann bezeichnenderweise direkt nach der Helsinki-Konferenz Anfang 1976 diese Richtlinie von Mielke über operative Vorgänge, in der aufgeführt ist, wie Zersetzungsmaßnahmen durchzuführen sind und wie so etwas auszusehen hat. Darin steht zum Beispiel: „Systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben, . . . systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen.“

In den darauffolgenden Richtlinien zur Durchführung von zentralen operativen Vorgängen kam dann noch dazu: „Störung der Privatsphäre maßgeblicher, den feindlichen Stellen und Kräften angehörender Personen mit dem Ziel, diese von der feindlichen Tätigkeit abzulenken beziehungsweise zu isolieren.“

Es wurde in solchen operativen Vorgängen stabsmäßig geplant und vorbereitet, wie die Kritiker eigentlich kaputtzumachen, kaputtzuspielen sind, ohne daß sie das recht mitbekommen.

In meinem Fall sah das so aus, daß es eine Verbindung zwischen beruflicher Diskriminierung und Bildungsdiskriminierung gab. Das heißt, nach dieser Berufsausbildung, die ich absolviert hatte, weil ich die Berufsausbildung mit Abitur nicht machen durfte, wollte ich ein Fachschulstudium aufnehmen, um darüber dann die Hochschulreife zu erlangen. Dazu brauchte man eine Delegation des Betriebes oder der Einrichtung, an der man arbeitete, und die habe ich eben nicht erhalten – wie ich jetzt weiß, aufgrund der Einflußnahme der Staatssicherheit. Es war zweimal der Fall, 1984 und 1987, daß ich mich da beworben habe beziehungsweise bewerben wollte und die Stasimitarbeiter dann in der Museumsleitung auftauchten und sagten: Es ist kein Delegierungsvertrag abzuschließen. Deswegen wurde das dann auch nicht gemacht.

Ich hätte die Möglichkeit gehabt, über die Volkshochschule das Abitur nachzuholen. Nur habe ich damals gedacht: Wenn ich aus politischen Gründen noch nicht einmal zu einem Fachhochschulstudium zugelassen werde, dann

werde ich mit Sicherheit auch nicht zu einem Hochschulstudium zugelassen. Warum soll ich dann jetzt dieses Volkshochschulabitur machen? Daß die DDR so schnell zusammenbricht, war nicht abzusehen. Ich habe mich dann 1988 ein weiteres Mal beworben, für ein landwirtschaftliches Fachschulstudium. Das ist dann auch abgelehnt worden, nachdem ich dann schon beim Museum zwangsweise aufgehört hatte.

Ich habe mich dann erkundigt, was es für Möglichkeiten gibt, nun doch ein Studium aufzunehmen, und bin jetzt in der Bundesrepublik auf sehr viele bürokratische Hürden gestoßen. Man sagte mir zum Beispiel, ich müßte jetzt in einem dreieinhalbjährigen Volkshochschulkurs das Abitur nachholen, und erst dann könnte ich ein Hochschulstudium beginnen. Das habe ich angefangen. – Dann habe ich von einer Regelung im Berliner Hochschulrecht erfahren, daß es in Berlin für Leute mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die mehrere Jahre im Beruf gearbeitet haben, möglich ist, ohne Abitur das Hochschulstudium aufzunehmen. Das gilt aber wiederum nicht für Numerus-Clausus-Fächer, wozu Biologie gehört, was ich studieren wollte, zumindest nicht für solche Numerus-Clausus-Fächer, die an der Dortmunder Zentralvergabestelle dranhängen, und das ist das Biologiediplomstudium. So habe ich jetzt mit dem Landwirtschaftsstudium angefangen, in der Hoffnung, nach dem Grundstudium überwechseln zu dürfen, was aber laut Satzung nicht geht.

Für mich ist jetzt die Frage, hier nicht nur über Schicksale zu berichten, sondern auch gemeinsam dazu Überlegungen anzustellen, wie man Rehabilitierungsregelungen für berufliche Diskriminierung und für Bildungsdiskriminierung entwickeln kann, damit Leute, die sehr viele Repressionen erleiden mußten, weil sie diesem DDR-System Widerstand entgegengesetzt haben, und die in ihrer beruflichen Entwicklung um Jahre zurückgeworfen wurden, jetzt nicht noch weiter Zeitverzögerung erleiden.

(Beifall)

Prof. Dr. Herbert Wolf: Ich möchte mich dem anschließen, wenn gesagt wurde, daß die Repressionen in den letzten Jahren der DDR eigentlich nur subtiler, aber keineswegs schwächer geworden sind. Man hört generell immer wieder: Am Anfang gab es ganz schlimme Dinge. Diese schlimmen Dinge wurden ja mehr oder weniger gerechtfertigt – Brecht hatte einmal geschrieben, daß wir, die wir Freundlichkeit wollten, selber nicht freundlich sein konnten. Aber, nachdem sich einiges etabliert hatte und nachdem insbesondere ab Mitte bis Ende der siebziger Jahre immer mehr die gewöhnliche nackte Machtsicherung der etablierten Leute überhand nahm, wurden ganz feine Methoden angewendet, die aber ihrerseits nicht neu waren.

Ich habe vorhin erwähnt, daß ich Ende der fünfziger Jahre mehrere Verfahren hatte und – wenn man so will – als Professor ja auch für einige Jahre Berufsverbot hatte. Das ist so vorbereitet worden, daß da plötzlich Artikel

von Leuten erschienen, die ich bis heute nicht kenne, präparierte Artikel, die mir Sachen vorwarfen, die zum Teil Jahre zurücklagen. Eine Denunziation habe ich erst dieser Tage, in diesen Wochen aus meinen Akten geholt, die von 1956 stammte und mir Ende 1959 in dem Parteiverfahren vorgeworfen wurde. Das heißt, sie wurde eine gewisse Zeit aufbewahrt und dann praktisch eingeführt.

Für meine Begriffe ist eine der wichtigsten Fragen, gerade die verdeckten Strukturen und Mechanismen herauszubekommen. Wir haben hier in der Kommission darüber diskutiert; ich weiß, es ist sehr schwierig. Es gibt da eine Teilarbeitsgruppe, um dem nachzukommen. Heute kamen ähnliche Dinge wieder zur Sprache. Ich weiß, es ist sehr schwierig, verdeckte Mechanismen, darunter das, was man unter dem Begriff Seilschaften versteht – das sind auch verdeckte Mechanismen –, herauszubekommen, lahmzulegen, trocken-zulegen. Das ist eine ganz andere Angelegenheit.

Vielleicht darf ich noch ein Wort zu der Problematik, die ich ebenfalls andeutete, sagen. Man könnte sagen, der will Professor sein und hängt jahrzehntelang irgendwelchen Visionen nach. Ich bin der Meinung, daß es Gründe gab – das will ich jetzt hier nicht ausbreiten, dazu haben wir nicht die Zeit und sicher auch nicht den Konsens –, daß es in der DDR Entwicklungsphasen gab, in denen in der Tat neue Dinge angepackt wurden und auch einiges, wenn man so will, im Ansatz geschaffen wurde. Das sind Aspekte, an denen man heute dort anknüpft, wo DDR-Nostalgie entwickelt wird. Es gab darunter Entwicklungen in Richtung sozialer Sicherheit, eines gewissen Gemeinschaftsgefühls u.ä. Gleichzeitig war es bei allen Neuerungen so, daß von Anfang an die etablierten Machtstrukturen ihre Bedenken hatten, daß ihre Existenz und ihre Funktion beeinträchtigt und unterlaufen wird, und dagegen angingen.

Das ist ja hochinteressant: In derselben Zeit, in der die Leute aufgerufen wurden, sich Gedanken zu machen, wie wir denn eigentlich den Sozialismus zum Siege führen können, wurde bei den Juristen die Babelsberger Konferenz durchgeführt, um den Revisionismus zu zerschlagen, wurden die Ökonomen Behrens und Benary verfolgt, und ich als Schüler von Behrens bin gleich mit kassiert worden – wie gesagt, in gezielter Einkreisung. Es wurde die Diskussion um Bloch zwecks seiner Vertreibung als Philosoph von Leipzig geführt. In allen Gebieten wurde de facto eine Gegenaktion gestartet. Das sind auch die Mechanismen: Wie macht man denn so etwas?

Ich will ja niemanden belehren, wie man es macht, auch keine Theorie schaffen, aber ich halte es zum Beispiel wirklich für gut – ich habe das auch Herrn Fischer angeboten –, wenn wir in der Frage des Totalitarismus theoretisch vorankommen. Das klären wir nicht heute abend, aber meiner Meinung nach ist das wirklich wichtig. Es ist ganz gleich, unter welcher Farbe,

(Beifall bei den Abgeordneten der F.D.P.)

unter welchem Signum Totalitarismus läuft. Er hat ähnliche Mechanismen, die man meiner Meinung nach aufdecken und verhindern muß.

Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Wir haben ja hier eine Protokollantin, die das alles aufschreibt, damit uns solche Anregungen nicht verlorengelangen. – Jutta Seidel, bitte.

Dr. Jutta Seidel: Ich hatte Anfang der achtziger Jahre immer den Eindruck, daß es mir sehr zustatten kam, daß ich erstens eine Frau und zweitens Zahnärztin bin, denn mit den Frauen konnte die Stasi am Anfang nicht so richtig umgehen, vor allem nicht, wenn sie massenweise auftraten. Als Zahnärztin hatte man insofern eine relativ gute Position, als man seine Patienten und auch ein relativ selbständiges Betätigungsfeld hatte, wo nicht allzuviel Eingriffe möglich waren.

Daß sie doch möglich waren, habe ich gemerkt. Es war so, daß ich in der Poliklinik, in der ich gearbeitet habe – es war eine Riesenpoliklinik mit über dreißig Zahnärzten –, immer geschnitten worden bin. Immer, wenn ich irgendwo hinkam, eilte mir der Ruf schon lange voraus, wer da jetzt kommt. Das war zu merken, das war bei mir die ganzen Jahre zu merken. Ich bin vier-, fünfmal in Außenstellen dieser Poliklinik versetzt worden, und zwar immer in Außenstellen, die sehr unbeliebt waren, die schlecht ausgerüstet und mit entsprechenden SED-Genossen als zweitem Kollegen dort bestückt waren. Ich habe jetzt in den wenigen Überresten von den über mich angelegten Stasiakten – der größte Teil ist vernichtet, da gibt es nur leere Aktendeckel – gelesen, daß genau mit diesen SED-Leuten auf mich Druck ausgeübt und ich in eine umfassende „gesellschaftliche Maßnahme“ einbezogen werden sollte. Das ist wohl der Terminus.

Es gab in der DDR die Pflicht, eine Fachzahnarztprüfung zu machen. Ich habe dreimal zu dieser Prüfung Anlauf genommen. Dazu muß man sagen, es fällt schon einmal jemand durch so eine Facharztprüfung, ein zweites Mal fällt schon kaum noch jemand durch, aber ich bin dreimal durchgefallen. Ich habe es also gegen den Rat von Freunden, die sagten: Laß es sein, es hat keinen Sinn, die wollen das nicht!, wirklich ein drittes Mal gemacht. Ich wollte es einfach wissen. So blöd kann man gar nicht sein, daß man dreimal durchfällt. Vor allem hätte man mich fesseln und aus dem Haus jagen müssen, hätte mir diesen Beruf verbieten müssen, wenn ich so dämlich bin.

Ich denke schon, daß das ein Beispiel ist, wie auch solche Zersetzungsmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Jetzt hat Frau Pohl das Wort. Dann ermutige ich Sie im Plenum, sich zu Wort zu melden.

Edeltraut Pohl: Ich will erst noch einmal auf die Schule zurückkommen. Irgendwann hatte ich dann die Probleme mit der Schule satt, und durch Vermittlung wurde ich dann kirchlicher Mitarbeiter, habe dann in der Samaritergemeinde zu arbeiten angefangen, hatte dort eigentlich ein aufregendes Leben in den letzten Jahren, aber auszuhalten hatten es eigentlich unsere Kinder.

Als wir für unsere jüngste Tochter den Antrag stellten, zum Abitur zu kommen – ich muß sagen, sie hat die zehnte Klasse mit dem Prädikat „Sehr gut“ gemacht –, gab es nach der Ablehnung ein Gespräch im Magistrat. Es war schon die zweite Ablehnung gewesen. Dort hat man uns gesagt, ein solches Kind lohne sich nicht auszubilden. – Wir haben also den Platz nicht bekommen. 1990 hätte sie dann noch einmal einen Antrag stellen können, weil sie gerade 1990 aus der Schule gekommen ist. Aber da konnte sie sich nicht mehr vorstellen, –

(unter Weinen)

Ich kann nicht mehr.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Das gehört auch zu unserer öffentlichen Anhörung. Ich danke Ihnen, daß Sie trotzdem von dem erzählen, was Sie bewegt und beschäftigt.

(Beifall)

Vielleicht haben Sie nachher noch einmal Kraft, weiter zu erzählen. Dann nehme ich Sie dazwischen.

Jetzt haben sich einige aus unserer Kommission gemeldet, aber auch einer vorher mit einem kleinen Zettelchen. Ich darf Sie doch bitten, wenn Sie sich jetzt im Plenum äußern, sich stärker den Fragen zuzuwenden: Wie hat das in mir gewirkt? Was hat das in mir ausgelöst? Was trage ich heute davon? – Es geht also darum, wenn es irgend geht, nicht noch neue Erlebnisberichte hinzufügen, weil wir ein bißchen darüber hinauskommen und mehr zu der Frage kommen wollen: Was hat das in mir bewirkt? Ist diese Geschichte zu Ende, oder geht es weiter? Wirkt sie immer noch? Wie können wir eigentlich mit dem Schaden, mit den Verletzungen, mit den Unterdrückungsmechanismen, die in uns gewirkt haben, leben? – Einige Antworten haben wir ja schon bekommen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie sich stärker zu diesen Fragen äußern, statt noch einmal neue Erlebnisse hinzuzufügen. Wenn einer oder eine sagt: Ich muß das aber hier öffentlich noch loswerden!, hat der- oder diejenige natürlich das Recht, das auch zu sagen, aber das Gespräch soll eigentlich ein wenig in eine andere Richtung gehen.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren von der Enquete-Kommission, wenn ich erst einmal noch ein paar Leute aus dem Plenum vorlasse und dann Sie, die Sie sich schon vorher gemeldet haben, danach drannehme? – Dann müßte

ich jetzt fairerweise erst Herrn Roland Bude aufrufen. Würden sich bitte all diejenigen freundlicherweise noch einmal melden, die jetzt noch Interesse daran haben, sich zu äußern? – Drei. Danke sehr.

Herr Bude: Ich möchte einiges zum Thema Aufarbeitung, Rehabilitation und Wiedergutmachung bemerken. Wir haben heute hier Erlebnisberichte gehört und bewundern den Verleger aus Zittau, der mit sächsischer Helligkeit und Schwejkschem Humor seine schreckliche Berufs- und Existenzentwicklung ertragen hat. Wir haben aber auch hier nicht nur den Aufschrei der gequälten Kreatur gehört, wir haben mehrere Male das Schluchzen der gequälten Kreatur gehört, und auch ich gehöre zu denen, denen es die Kehle zuschnürt, wenn ich so etwas höre. Wie hat das in uns weitergewirkt?

Ich war fünfeinhalb Jahre in Workuta im Gulag. Wie hat das weiter gewirkt? Ich gehöre zu den glücklichen Menschen, die eine befriedigende berufliche Entwicklung in Westdeutschland erlebt haben, und es hatte sich das gesetzt, was Schreckliches war. Man hat immer wieder mit Trauer und Bestürzung erlebt, wenn man vorgehalten bekam, wenn man das schreckliche Erlebnis und eine gewisse Verachtung des SED-Regime äußerte: Mach dich doch endlich von der Stacheldrahtbrille frei. Mach dich doch frei von dem Feindbild. – Mir hat das weh getan, wenn mir das gesagt wurde.

Mir hat erst recht weh getan, wenn Günter Gaus nach seiner Eigenschaft und Funktion als ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR einmal gesagt hat: Wenn er diese Antikommunisten sehe, dann würde er mit Entsetzen dem Tag entgegensehen, da die einmal in ganz Deutschland die Macht haben. – Vielleicht nimmt er zur Kenntnis, wie Herr Honecker behandelt wird, und vielleicht nimmt er zur Kenntnis, was einige hier erlebt und mitgeteilt haben.

(Lebhafter Beifall)

Es ist die Sache mit dem roten Teppich – das wird ja Helmut Kohl vorgeworfen – angesprochen worden. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Dr. Dregger angegriffen, verhöhnt wurde, als er sagte: Die Welt geht weiter, auch wenn Herr Honecker nicht in die Bundesrepublik kommt. – Auch an das sollten sich einige erinnern. Ich sage das, weil hier in der Diskussion zu Recht geäußert worden ist: Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, und auch viele, die nach 1945 nie unter der Diktatur leben mußten, die immer nur im Westen waren, müssen einiges dazulernen und in sich gehen.

Ich frage mich auch: Wie bringt jemand wie Herr Heuer die Stirn auf, anlässlich der letzten Diskussion um das erste Unrechtsbereinigungsgesetz das DDR-Regime mit Formallegalisierung und -legitimierung zu verteidigen? Wie bringt der noch die Stirn auf, in das frei gewählt Haus des Deutschen Bundestages zu gehen? Das frage ich mich. Seine Existenz dort ist für uns ehemalige politische Häftlinge eine einzige Verhöhnung.

Ich bin vor wenigen Monaten zum Vorsitzenden einer Dachorganisation gewählt worden, die hauptsächlich über ein Dutzend Vereinigungen von Menschen umschließt und betreut, die in den ersten Jahren der SBZ/DDR eingesperrt worden waren – Internierte.

Nun möchte ich auch noch einiges zur Frage der Entschädigung sagen. Es wird zu Recht gesagt, Wiedergutmachung ist nicht möglich. Wer kann mir die fünfzehn Jahre wiedergeben, die ich vom 24. bis 30. Lebensjahr weg war? Ich kam zurück; mein siebenjähriger Sohn erkannte mich nicht wieder, obwohl ihm meine Frau und meine Eltern Bilder von mir gezeigt haben. Er kannte mich nicht. Es dauerte eine Weile, bis er „Papa“ sagte.

Der Deutsche Bundestag hat – ich sage das mit großer Verlegenheit, weil ich der größeren Partei in diesem Deutschen Bundestag angehöre – eine Entscheidung getroffen, die von dem Etat für 1992 nur etwas mehr als 0,3 % zur materiellen Entschädigung für die ehemaligen politischen Häftlinge auswies. Wir hatten gedacht, das würde im Jahr 1993 fällig werden können. Nein, das ist gestreckt worden bis 1999. Der Älteste unter den Mitgliedern, die ich vertrete, ist 102 Jahre alt. Zwei Drittel der Leute, die ich vertrete, sind älter als 60 Jahre; die haben seit 1945 gewartet. Das Finanzministerium hat für 1993 ganze 198 Millionen Mark ausgewiesen; das sind noch einmal ungefähr 0,15 % des Betrages, der überhaupt vorgesehen ist.

Ich appelliere an das Haus in zweifacher Richtung. Erstens: Ändern Sie diese Regulierungen, die durch das erste Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft gesetzt worden sind!

(Beifall)

Das zweite, was ich sage: Es existiert seit 1954 ein Institut für Zeitgeschichte, das sich mit den schrecklichen zwölf Jahren der NS-Barbarei befaßt. Wir stellen von Tag zu Tag fest, daß das noch nicht aufgearbeitet ist – zum Teil auch, weil die Zeugen wegsterben oder weggestorben sind.

Vierundvierzig Jahre SED-Diktatur des real existierenden Sozialismus laufen auch Gefahr, in der Dokumentierung und Überlieferung zu kurz zu kommen, weil die Leute wegsterben, vor allem die, die die ersten Jahre erlebt haben. Ich appelliere an das Hohe Haus, endlich ein vergleichbares Institut zu schaffen und personell entsprechend auszustatten, damit diese Geschichte aufgearbeitet werden kann.

(Beifall)

Ich sage das auch aus dem Grunde, weil ich fürchte, daß sich sonst ein Riß in Deutschland unter den Deutschen, der zum Teil erst nach der Niederlegung der Mauer aufgebrochen ist, vertieft, daß wir mit zu großen Schmerzen und Beschädigungen zusammenwachsen, wenn wir da nicht etwas tun.

Noch ein konkreter Appell: Die Stiftung für politische Häftlinge hat drei neue Sachbearbeiter für die Bearbeitung von sozialen Härtefällen verlangt.

Die sind bisher verweigert worden. Ich appelliere an das Hohe Haus, dem zu entsprechen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Bitte sehr.

Herr Hussock: Mein Name ist Peter Alexander Hussock. Ich komme von der Hilfsorganisation „Help“. – Herr Passauer, Sie wollten etwas über Wirkungen wissen. Ich werde einmal ein kurzes Beispiel geben.

Es leben etwa noch 300 Menschen, die das Pech hatten, vor der Kapitulation nach Rußland verschleppt zu werden, und diese 300 Menschen wurden im ersten Unrechtsbereinigungsgesetz nicht berücksichtigt. Darunter sind Neunzigjährige, fast Hundertjährige. Es ist einfach eine Wirkung da. Diese Menschen leiden jetzt psychisch, und sie leiden im Grunde materiell, da sie ja nicht einmal diese geringen 550 bzw. 300 Mark bekommen.

Unsere Hilfsorganisation betreut eine andere Gruppe, die nicht das Glück hatte, wenigstens eine Anstellung als Pförtner oder bei der Kirche zu bekommen, sondern gegen die ein gnadenloser Einstellungsboykott praktiziert wurde. Ein Lehrer, der 1968 den Einmarsch in die CSSR kritisiert hatte, hat seit diesem Tage bis auf den heutigen keine Arbeit bekommen, keine Sozialhilfe, kein Arbeitslosengeld. Diese Menschen gingen total ruiniert – psychisch und materiell – in die deutsche Einheit. Ich gehöre übrigens mit dazu. Das sind auch ungefähr – Gott sei Dank sind es nur soviel – 300 Menschen, und für diese 300 hat der Gesetzentwurf, der jetzt von Frau Leutheusser-Schnarrenberger vorliegt, nicht eine D-Mark materielle Entschädigung rückwirkend übrig. Es gibt keinen Ausgleich zurückliegender Nachteile. Es gibt keine Stiftungshilfe für zurückliegende Nachteile. Das heißt, wenn sie heute Sozialhilfeempfänger wären, dann könnten diese 300 bei der Stiftung einmal etwas beantragen.

Ich bitte Sie – wir werden morgen auch unseren Protest hier verteilen –: Helfen Sie mit, daß es nicht bei diesem überaus dürftigen und phantasielosen Entwurf bleibt.

Das heißt, es ist in diesem Entwurf nicht einmal die Möglichkeit vorgesehen, Arbeitsrechtsurteile, die gegen demokratische Grundsätze verstoßen haben, in denen gelogen, manipuliert und gebeugt wurde, zu revidieren.

Ich habe 1985 sogar Strafanzeige gegen diese betreffenden SED-Richter erstattet. Sie können sich vorstellen, damit saß ich ein zweitesmal mit einem Bein im Gefängnis. Heute muß ich mit diesem Urteil weiter leben, weil der Bundesarbeitsgerichtshof festgestellt hat: Bis zum Juni 1990 sind alle Urteile rechtskräftig.

Dieser Gesetzentwurf mußte normalerweise die Möglichkeit einräumen, die Urteile – es sind ja Gott sei Dank nicht alle –, in denen Recht gebeugt

wurde, die gegen demokratische Grundregeln verstoßen, revidieren zu lassen, aufheben zu lassen, aber nicht einmal das ist in diesem Entwurf enthalten. Es sind noch andere eklatante Schwächen drin, die ich jetzt hier nicht aufzählen will. Sie werden sie morgen finden. Ich bitte Sie alle, die Sie hier sitzen: Kämpfen Sie mit dafür, daß es nicht noch ein zweites Almosengesetz gibt, sondern daß wenigstens dieses Gesetz halbwegs würdevoll verabschiedet wird.

Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. – Kommen Sie bitte auch nach vorn ans Mikrofon und sprechen von hier aus.

Hartmut Neuke: Die Frage, wie wir mit der zersetzenden Wirkung, die wir erlebt haben, mit den Nachwirkungen, mit der zersetzenden Wirkung, die wir noch heute aufgrund der Nachwirkungen der Randlage im Beruf oder der Randlage im sozialen Bereich, der Randlage durch die Isolation in der Gemeinschaft und so weiter erleben, leben, ist eigentlich die entscheidende Frage.

Die Frage besteht aus zwei Teilen: Wie lebt der einzelne damit? Wie lebt die Gesellschaft damit? – Wie einzelne damit leben, ist hier schon gesagt worden; deswegen möchte ich diese Frage erst einmal beiseite drängen. Lassen wir einmal diese zehner- oder hunderttausende Schicksale weg; die sind im Verhältnis zu der anderen Frage unbedeutend, denn die andere Frage ist: Wie lebt die Gesellschaft damit, daß sie hier ein mögliches Potential für Demokratieentwicklung, wofür alle demokratischen Institutionen Verfassungsauftrag haben, links liegenläßt? – Das ist doch die entscheidende Frage, die gegenwärtig vor uns steht. Das ist die einzig entscheidende Frage; alle anderen sind sekundär.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Bitte, nennen auch Sie Ihren Namen.

Herr Köhler: Mein Name ist Köhler. Ich bin von der Vereinigung der Verfolgten des stalinistischen Terrors. Wir haben hier ein Flugblatt mit dem Rollstuhlfahrer und zum anderen eine Kritik zum ersten Rehabilitierungsgesetz ausgelegt.

Ich möchte eigentlich, um es ganz kurz zu machen und Ihre Zeit nicht zu strapazieren, einen ganz harten Fall herausgreifen, wahrscheinlich einen der härtesten, den es in Deutschland gibt. Aber es gibt viele solcher Fälle, Blinde, Querschnittgelähmte, beidbeinig Amputierte und so weiter.

Dieser Wolfgang Stegemann, dessen Fall in dem Flugblatt dargestellt ist, hat sofort bei der Vereinigung noch in der DDR seinen Rehabilitierungsantrag

geschrieben. Er hat sofort bezüglich der sozialen Ausgleichsleistung an die Ämter geschrieben, bezüglich Schwerbeschädigung durch die Haft und so weiter. Er wurde in der Haft rollstuhlreif gemacht. Es wurde ihm die Erste Hilfe verweigert. Man hat in verbrecherischer Weise gegen die Menschlichkeit verstoßen, als man ihn zum Simulanten stempelte, als er den Urin nicht mehr halten konnte, nur noch an den Wänden langschlich, und man hat ihn immer wieder zum Simulanten gestempelt.

Erst dann, als er querschnittgelähmt war, kam er nach Kleinmeusdorf – ein furchtbares Schicksal; der Professor dort stellte fest: Spinnengewebehaut zusammengezogen, dadurch querschnittgelähmt; medizinisch überhaupt kein Problem, wenn rechtzeitig behandelt; oft durch Unterkühlung und Infektion hervorgerufen, jederzeit reversibel. In diesem Fall war es aber zu spät; die Erste Hilfe wurde über viele Monate verweigert. Das ist ein Verbrechen ersten Ranges, das muß man sagen, und es gibt einige zehntausend solcher Verbrechen, wenn auch nicht mit diesen gravierenden Folgen.

Nun hat Herr Stegemann natürlich auch nach dem Tage der Einheit von der Stiftung Unterstützung erhalten. Wir danken, daß es die Stiftung dank der CDU-Regierung Konrad Adenauers gibt und daß sie wirkt. Aber was sich bis jetzt an weiteren Wirkungen gezeigt hat, das ist fast Null. Dieser Mann hat seinen Gesundheitsschaden – eindeutig in der Haft erworben – bis heute nicht anerkannt bekommen. Sanft schlummern sein entsprechender Antrag und inzwischen auch eine Beschwerde bei der Landesregierung von Brandenburg. Ich will hier keine Namen nennen; ich weiß nicht, wer die Sache direkt bearbeitet. Aber er hat an die Frau Hildebrandt geschrieben. Er hat noch keine richtige Antwort bekommen. Ich will Sie deshalb hier wachrütteln.

Wenn in einem solch harten, eindeutig nachgewiesenen Fall das Recht nicht greift und sich der Rechtsstaat eigentlich hinter irgendwelchem bürokratischen Dschungel versteckt und hier nicht wirksam wird, dann frage ich mich: Wo wird er denn überhaupt wirksam? Deshalb stelle ich vermessen die These auf: gestern Opfer, heute Opfer, morgen Ausgegrenzter in Deutschland – leider, denn so ein Mensch kann sich nicht mehr wehren.

Aber diejenigen sind nicht besser dran – das betrifft auch mich –, die 1968 aus politischen Gründen „eingefahren“ sind, die standhaft geblieben sind und dann über zwanzig Jahre Berufsverbot hatten und nicht wieder in die Branche durften.

Ich weiß nicht, ob man in unserem demokratischen Land Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch an das Gewissen appellieren kann, ob man überhaupt noch an die Ehre appellieren kann, ob man überhaupt noch an den Anstand glauben darf. Wenn wir uns die Reden anhören, die von Konrad Adenauer, Kurt Georg Kiesinger, Helmut Kohl, Willy Brandt, Herrn Schmidt und von Fraktionsvorsitzenden im Bundestag zu den Vorgängen in der Deutschen Demokratischen Republik gehalten wurden, dann muß ich all diesen

Politikern bis hin zum BND den Vorwurf machen, daß heute überhaupt keine Anhörungen notwendig sind. Man war in der Bundesrepublik Deutschland voll über das Ausmaß des Unrechts orientiert, was in dem Staat DDR praktiziert wurde.

Wenn heute Anhörungen stattfinden, dann begrüße ich das, aber dann muß in der Quintessenz des Ganzen für die hart Betroffenen – ob es nun strafrechtlich Betroffene sind, verwaltungsrechtlich oder berufsmäßig Betroffene – auch etwas herauskommen. Das muß nicht immer viel Geld sein, aber das muß praktikabel sein. Die Leute müssen vor der sozialen und politischen Ausgrenzung bewahrt werden.

Viel zu schnell und viel zu bequem ist es möglich, sich mit den einstigen Tätern an einen Tisch zu setzen, weil sie – ich gebrauche den Begriff eines Vorredners – „kompatibel“ sind. Vielleicht sind die ehemaligen politischen Häftlinge nicht so kompatibel, oder sagen wir besser: nicht so anpassungsfähig. Deswegen haben sie ja auch den Widerstand gewagt, offen oder verdeckt. Dafür Lorbeeren zu ernten hat niemand geplant; aber dafür ausgegrenzt zu werden – das ist ungerecht.

Sie können aber nicht umhin zuzugeben, daß alle, die einst in guten Positionen saßen, heute bestens untergekommen sind. Sie können, statistisch gesehen – bitte betrachten Sie es mathematisch –, nicht umhin zuzugeben, daß all jene, die früher Repressalien ausgesetzt waren – auch der heutige Tag hat das bestätigt –, im Abseits stehen.

Ich frage dieses Hohe Haus: Wann endlich werden endlosen Diskussionen um das Recht, endlosen Diskussionen, in denen sich die Rechtstheoretiker gegenseitig übertrumpfen, pragmatische Taten folgen, die uns zugute kommen? Wir sehen nichts davon.

Seit sieben Jahren werden wir vertröstet. Jetzt will ich auch noch einmal ganz konkret werden, damit Sie nicht glauben, ich könne nur so allgemein reden: Es gibt da eine Härteregelung im neuen Gesetz, die man nur auf den Tag der Maueröffnung begrenzt hat. Dann gibt es 250 Mark für den Ossi oder auch nicht, und weil er vielleicht gerade an dem Tag weg ist, lassen wir die Härteregelung gelten. Wieso läßt man diese Härteregelung nicht für die Fälle vor dem 8. Mai 1945 greifen, zumal es ja nur noch 300 Überlebende sind? Ist denn das finanziell, von der fiskalischen Seite her gesehen, so bedenklich? Das kann ich mir nicht vorstellen. – Mehr wollte ich dazu gar nicht sagen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Ihnen vielen Dank. – Bitte.

Herr Seidel: Ich begrüße das Hohe Haus hier. Ich da einige Sachen zu meiner Vergangenheit zu sagen. Sie fragten, wie man damit fertig wird. Das habe ich mich auch gefragt.

Ich wurde vom Obersten Gericht der DDR 1962 zu lebenslangem Zuchthaus

verurteilt, wegen Verbrechens gegen das Gesetz zum Schutze des Friedens. Vorher war ich Spitzensportler der DDR. Ich wurde hofiert, ich war DDR-Meister, mehrfach Berliner Meister, aber als die Mauer gebaut worden ist, habe ich meine Zelte in der DDR abgebrochen und bin nach West-Berlin gegangen. Ich habe einen Monat später meine Frau mit dem Jungen nachgeholt.

Durch die Verhaftung meiner Mutter zusammen mit einer Freundin, die ebenfalls zu ihren Kindern wollte, hat sich bei mir etwas entwickelt: Ich bin zum Fluchthelfer geworden. Ich habe also danach anderen Menschen geholfen, die durch die Mauer getrennt waren, habe sie persönlich durch den Zaun geholt. Später, als das nicht mehr ging, habe ich Tunnel gebaut. Eines Tages bin ich dann verhaftet worden und zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Ich bin nach 4 Jahren von der Bundesregierung wieder freigekauft worden und habe all die Jahre in West-Berlin gelebt. Ich durfte nicht nach Ost-Berlin einreisen; ich war *Persona non grata*.

Jetzt, nach der Wende, stellt sich der Richter, der Präsident des Obersten Gerichtes der DDR war, als Saubermann hin und will die Verbrechen der anderen aufdecken. Da habe ich gesagt: Wir müssen etwas dagegen tun, wir müssen etwas aufarbeiten. – Wir haben diesen Mann zur Rede gestellt. Da stellte er sich hin und sagte: Ihr habt keine Todesurteile erhalten. – Die Kollegen vom Fernsehen sagten: Aber lebenslängliche Urteile. – Das verneinte er noch. Draußen vor der Tür stand ich, und ich wurde ihm gegenübergestellt. Der Mann wurde nicht mehr als Saubermann dargestellt. Er war sofort weg vom Fenster.

So müssen wir es auch in anderen Fällen zu tun versuchen. Es darf einfach nicht sein, daß solche Menschen Macht haben und diese Macht noch weiter ausnutzen.

Zur Sache Töplitz habe ich auch noch etwas anderes zu sagen. Herr Töplitz – das wußte ich damals nicht – ist Verfolgter des Nationalsozialismus und hat so lange eine Kämpferrente bekommen. Kämpfer heißt, Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet zu haben. Herr Töplitz hat nie Widerstand geleistet, sondern er war Opfer. Er war Mischling ersten Grades und wurde 1944 zur OT herangezogen. Er hatte sich vorher, 1935, freiwillig zum Militär gemeldet und hat auch danach – er war ein Jahr bei der Wehrmacht – noch sein Studium beendet. Erst 1944 wurde er stärker verfolgt und zur OT herangezogen. Dafür hat er seine Verfolgtenrente bekommen, aber als er 1952 oder 1953 den Vaterländischen Verdienstorden bekommen hatte, da wurde auf einmal die Verfolgtenrente umgewandelt, und er war Kämpfer. Er hat die ganzen Jahre Kämpferrente bekommen, 1.750 Mark. Erst, nachdem die Bundesregierung es eingestellt hat, daß Kämpfer und Verfolgte gleichgestellt worden sind, ist die Rente auf 1.400 DM herabgesetzt worden.

Aber ich glaube, man sollte doch auch bei diesem Gesetz einmal überprüfen, ob solche Leute wie Herr Töplitz, der von 1960 bis 1986 Präsident des

Obersten Gerichtes war, nicht noch Urteile gefällt haben, die rechtswidrig waren, und dafür zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Wir müssen jetzt das Kunststück fertigbringen, daß wir in einer guten Viertelstunde noch alle Wortmeldungen, die sich aus der Enquete-Kommission ergeben haben, abwickeln. Vielleicht kann ich die Vertreterinnen und Vertreter der Enquete-Kommission bitten, daß sie auf manche inhaltliche Dinge noch einmal reagieren. Unrechtsbereinigungsgesetz, Rehabilitierung, Entschädigung waren ja Begriffe, die immer wieder genannt worden sind. Wenn Sie vielleicht aus Ihrer Sicht dazu noch etwas sagen können?

Wir haben noch eine Wortmeldung aus dem Plenum. Bitte.

Peter Stimming: Mein Name ist Peter Stimming. Ich vertrete den Bund der Stalinistisch Verfolgten, Landesverband Berlin.

Ich möchte doch noch einmal daran erinnern, daß in diesem ersten Unrechtsbereinigungsgesetz viele Leute und viele Bürger vergessen worden sind. Da sind die deportierten Frauen, die auch schon erwähnt worden sind, und die deportierten Männer aus den Ostgebieten. Die haben sehr Schweres durchgemacht und sind meistens erst in den fünfziger Jahren wiedergekommen und wurden danach auch hier diskriminiert. Das zieht sich durch das ganze Leben. Sie sind erst deportiert worden, haben die schwere Zeit in den russischen Lagern mitgemacht, sind danach hierhergekommen und konnten keine richtige Ausbildung machen, und sie sind im Endeffekt jetzt auch wieder diejenigen, die mit den niedrigen Renten dastehen. So sieht das aus.

Andere Leute, die sich angepaßt haben, dicke Bonzen waren, kriegen jetzt die hohen Renten, mindestens 2.000 DM. Das ist eine sehr große Ungerechtigkeit diesen Leuten gegenüber.

Eine zweite Gruppe, die auch nicht berücksichtigt worden ist, sind zum Beispiel die Angehörigen der in den kommunistischen Konzentrationslagern nach 1945 Umgekommenen. Zu dieser Gruppe gehören 80.000 Menschen, die in den kommunistischen Konzentrationslagern auf dem Gebiet der DDR umgekommen sind. Deren Angehörige, die Witwen und Waisen, die damals die schwere Zeit durchmachen mußten, haben bisher keinen Pfennig gesehen und kriegen auch nach dem Gesetz nichts. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Wir werden in dieser Angelegenheit vor das Verfassungsgericht ziehen. – Das sind die zwei Gruppen, die besonders stark betroffen sind.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank für die Ergänzung. – Ich lese jetzt einmal die Wortmeldungen derjenigen vor, die ich mir aufgeschrieben habe: Herr Dehnel, Herr Krause, Frau Michalk, Herr Schröder,

Herr Meckel, Herr Ullmann. Habe ich noch jemand vergessen? – Frau Wilms.

Herr Dehnel, bitte.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Wir sind natürlich alle sehr beeindruckt von den Schilderungen der Schicksale. Ich möchte Bezug nehmen auf Herrn Hussock und Herrn Köhler, die hier beide über Gruppen gesprochen haben. Herr Köhler hat über einen Einzelfall gesprochen, und zwar geht es um die Frauen der Verschleppten. Da kann ich eine Empfehlung geben.

Wir haben ja nicht nur die Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, sondern auch den Petitionsausschuß. Ich empfehle Ihnen, das Sie einmal eine Petition an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages übergeben. Wir haben sogar drei Mitglieder in der Enquete-Kommission, die das entsprechend begleiten würden. Ich glaube, da würden wir am ehesten zu einem Erfolg kommen. – Ich weiß nicht, ob Sie das schon getan haben.

(Herr Köhler: Das haben wir getan!)

Peter Stimming: Wir haben schon mehrere Petitionen an den Petitionsausschuß geschrieben. Bisher ist das alles negiert worden. Wir haben ausweichende Antworten bekommen und konnten damit nichts anfangen. Wir sind an die Zeitung gegangen, wir haben den Petitionsausschuß angeschrieben. Wir haben einen Aufruf an den Bundespräsidenten geschickt, an den Bundeskanzler, an sämtliche Ministerpräsidenten – speziell im Hinblick auf die deportierten Frauen – und haben versucht, auch auf den Bundesrat Einfluß zu nehmen, aber die Opfer sind eben zu schwach. Das ist der Ausdruck. Wir schaffen es aus finanziellen Gründen nicht, bei den Leuten Gehör zu finden. Wir haben vorhin von Herrn Bude gehört, es sind 0,23 % vom Haushalt für diese ganze sieben Jahre vorgesehen. Sollen denn all die Leute erst sterben, um eine biologische Lösung zu finden?

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Darf ich Sie daran erinnern, daß wir die Regeln des Parlamentarismus einhalten? Wir hatten die Aussprache im Plenum eigentlich geschlossen und wollten jetzt hören, was die Damen und Herren Abgeordneten sagen. Wenn wir dann noch ein bißchen Zeit haben – wir sind wirklich im Druck –, dann würde ich Sie noch innerlich und äußerlich vormerken. – Jetzt hat Herr Dehnel wieder das Wort.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich möchte zur Richtigkeit noch bemerken, daß ich Herrn Russow und Herrn Köhler mit ihren beiden Fällen gemeint hatte.

Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Wolf. Wie stellen Sie sich zu den Geschichtsdaten 17. Juni 1953, August 1968, Mauerbau 1961 und dann zum Mauerfall 1989?

Abg. Dr. Krause (Bonese) (CDU/CSU): Gestatten Sie, daß ich jetzt nicht

auf diese ganzen aufwühlenden Sachen eingehe, sondern auf einen anderen Punkt.

Herr Professor Wolf, ich war von 1957 an in Leipzig, im Thomanerchor, und habe die letzte Ausbildung an der Universität Leipzig zum Fachtierarzt 1987 gemacht. 1965 kamen wir im Universitätschor in Kontakt mit einem früheren Oberassistenten des Prof. Bloch. Er hat uns damals in einer sehr offenen Weise in einige philosophische und personelle Hintergründe der Leipziger Universität eingeführt.

1968 hatten wir in der tierärztlichen Fakultät einen früheren Mitarbeiter von Grotewohl, Prof. Nuus, der sich in sehr eindeutiger Weise an die Seite von Dubcek gestellt hatte. Außerdem hatte ich dann Gelegenheit, mit Schlegel und einigen anderen Kollegen von dieser tierärztlichen und landwirtschaftlichen Fakultät zusammenzukommen – es waren Politökonom – die uns in einer sehr offenen Weise, die eigentlich für sie hätte gefährlich sein müssen – aber offensichtlich war das Umfeld so –, in ökonomische Zusammenhänge eingeführt haben und uns zum Fachtierarztstudium 1985 und 1987 mit ganz objektiven Zahlen vorgerechnet haben, daß die DDR-Wirtschaft in vier Jahren pleite ist, daß also die Investitionen fast ausschließlich in die Braunkohle gehen, daß über solche Dinge wie die Verlängerung der normativen Nutzungsdauer der Verschleiß vorprogrammiert ist, daß Anfang der achtziger Jahre das Dreifache des Zuwachses am realen Nationaleinkommen zusätzlich nach Rußland, in die Sowjetunion exportiert würde, daß der Außenhandelsumsatz mit Rußland zwar um 0,8 %, aber der Export bis zu 24 % stieg, das heißt also, daß der Import ständig zurückgegangen war.

Ich will damit also sagen, daß es an der Universität Leipzig unter den politischen Ökonomen, die ja alle SED-Leute waren – und das sage ich als einer, der bestimmt nicht dem linken Flügel der CDU angehört, absolut nicht –, durchaus einige gab, die uns dort schon in einer gewissen Weise auf den ökonomischen Untergang der DDR vorbereiteten.

Damit das jetzt nicht als Loblied ausklingt: Um so enttäuschter war ich, als meine Tochter Maria als frischgebackene Studentin dann von der ersten Demonstration 1989 kam und von den 900 Studenten dieser Sektion Tierproduktion/Veterinärmedizin gerade vier Studenten waren, die sich regelmäßig an den Demonstrationen beteiligt haben. Es gab eine Studentenpresse, die widerlicher rot als in den schlimmsten Ulbrichtzeiten war.

Es gab aber unter demselben Dach der Universität auf der einen Seite Politökonom, die den Studierenden – wir waren damals Fachtierärzte, also etwa 40 Jahre – ganz offen, mit nüchternen Zahlen gesagt haben, wo die Karre hinläuft – es war also dort in Leipzig in diesen Kreisen bekannt –, aber auf der anderen Seite haben sich die Studenten Ende der achtziger Jahre, wie gesagt, an der Revolution nicht beteiligt. Es gab eine opportunistische,

angepaßte Studentenschaft, die eigentlich im völligen Widerspruch zu dem stand, was dort unter diesen Ökonomen schon erkannt wurde.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Darf ich vielleicht die anderen, bevor Sie reden, noch einmal bitten, jetzt keine neuen eigenen Erlebnisse zu bringen, sondern ein bißchen unserer inhaltlichen Linie zu folgen?

Wie haben Sie damit gelebt? Wie können wir an die verdeckten Strukturen stärker herankommen, wie können wir das besser offenlegen? Welche Verletzungen habe ich gehabt, und wie versuche ich, damit selber fertig zu werden? – Also nicht noch neue Erlebnisse. – Frau Michalk und dann Herr Schröder.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich möchte doch zunächst erst einmal sagen, daß all die Forderungen und auch Kritiken, die jetzt aus dem Auditorium gekommen sind, zum großen Teil berechtigt sind. Ich denke, wir sind uns aber einig, daß man das Unrecht der vierzig, fünfundvierzig Jahre eben nicht mit einem Schritt – und wenn dieser Schritt auch zwei, drei Jahre umfaßt – bewältigen kann. Wir haben gerade das erste Unrechtsbereinigungsgesetz verabschiedet.

Ich denke, viele der Anregungen, die heute hier genannt worden sind, werden mit Sicherheit Gegenstand der Diskussion zum zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz und aller Dinge, die damit in Verbindung stehen, sein.

Ich möchte zwei andere Anliegen unter der Maßgabe des von dem Vorsitzenden Gesagten hier noch ansprechen. Wir haben heute viel darüber gehört, wie man Kinder mißbraucht hat, wie man sie benutzt hat, wie Lehrer es erlebt haben, wie Eltern darunter gelitten haben, wie man insgesamt eben in diesem Zeitraum und gerade in den ersten Jahren der Kindheit Einfluß auf die Menschen genommen hat, die jetzt in diesem Land leben. Wenn wir uns in dieser Kommission mit der Vergangenheit beschäftigen, dann tun wir das ja für unsere Zukunft.

Meine Frage ist – vielleicht können Sie, Frau Pohl, das auch noch einmal aus Ihrer Sicht beantworten –: Wie können wir es schaffen, daß, was in unseren Kindern und Jugendlichen eigentlich kaputtgemacht worden ist, was sich ja jetzt auch in aller Öffentlichkeit und auch in allen Konsequenzen zeigt, abzubauen helfen, das heißt, Hilfestellungen zu geben?

Wie können wir dieses Finden des eigenen Ich besser unterstützen – nicht nur als Politiker, sondern als Menschen und als Eltern insgesamt?

Das zweite Problem, was ich meine, geht Sie an, Herr Professor Wolf. Sie haben unter anderem gesagt, daß Sie sich in Ihrer Zeit auch mit Methoden der studentischen Ausbildung beschäftigt haben. Ich weiß, daß in dieser Zeit, gerade in den siebziger, achtziger Jahren, da wirklich eine Methode an den Hoch- und Fachschulen angewandt wurde, die ja weiß Gott den Menschen nicht geholfen hat, sich überhaupt zurechtzufinden, wenn sie dann in die Praxis

gekommen sind: Diskussionen theoretischer Art. Ich stelle die Behauptung auf, daß alles nur theoretisch abgehandelt worden ist.

Wenn Studenten den Mut hatten – und zum größten Teil waren es eben dann die Fernstudenten, die ja parallel in der Praxis gearbeitet haben –, dann hinterfragten sie dieses Planungssystem so kritisch und zeigten mit Beispielen, wie es in dem bösen Kapitalismus funktioniert, dann belegten sie, daß es so schlimm gar nicht sein kann, wie es uns in der Theorie immer nahegelegt worden ist. Da hat man doch völlig falsche Grundlagen gelegt. Ich denke, so dumm können doch die Leute nicht gewesen sein, die diese Pläne erarbeitet haben, die diese Strategien erarbeitet haben, anzunehmen, daß die Menschen nicht dahinterkommen. Der Widerstand war ja da.

Ich möchte einfach von Ihnen wissen, was der Hintergrund für diese rein theoretische Methode des Lernens war.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Ich möchte auch eine Frage an Frau Pohl stellen, weil in ihrer Darstellung die Verständigungsschwierigkeiten zwischen West und Ost in gewisser Weise zum Ausdruck kommen.

Sie hatten berichtet, daß die Namen der Eltern des Kindes, bei dem dieses Bild gefunden wurde, der Betriebsleitung mitgeteilt wurden. Da stellt sich für einen westlichen Betrachter die Frage: Mußte man das nicht aushalten?

Ich komme deswegen darauf, weil ich in den letzten Wochen in einem ganz ähnlichen Fall von einer Lehrerin angesprochen worden bin, die sagte, sie sei zweimal zur Schulleitung bestellt worden. Ich fragte: Was ist dann passiert? – Da sagte sie, die Erlebnisse seien für sie so schwierig; sie wolle sich nicht weiter damit beschäftigen.

Es muß irgendwie etwas Atmosphärisches dahinterstehen, was man im Westen wenig begreift. Man fragt sich gelegentlich: Sind die Menschen in der DDR vielleicht zu schnell einem Drohmechanismus erlegen, hinter dem dann letztlich doch weniger steckt? Was steckt dahinter? Was war das Klima, das diese auf den ersten, äußeren Blick eigentlich durchaus als aushaltbar erscheinenden Maßnahmen so bedrohlich machte?

Abg. Meckel (SPD): Ich muß noch einmal die Frage ansprechen, wie wir diese ganzen Probleme aufnehmen und weiter verarbeiten.

Ich würde den Vorschlag machen, daß die Dinge, die heute hier zu dem Stichwort des Unrechtsbereinigungsgesetzes – ein schreckliches Wort – angesprochen worden sind, vom Sekretariat zusammengestellt werden, daß vieles noch einmal beraten und mit einer entsprechenden Empfehlung an den Rechtsausschuß, der sich ja konkret mit diesen Dingen befaßt, weitergegeben wird.

Das zweite, was hier sehr konkret angesprochen worden ist, ist die Frage von Herrn Beleites: Wie kann hier eine entsprechende Benachteiligung, die ja eine sehr breite war, in eine gezielte Förderung umgesetzt werden, damit die

Betroffenen meinetwegen bis zum Alter von 40 oder 50 Jahren BAföG o.ä. bekommen? Diese Förderung sollte dann aber so gezielt erfolgen, daß derjenige, der sie bekommt, dann auch nicht an den internen Studienabläufen kaputtgeht.

Es geht darum, in der Nachfolge des heutigen Tages zu sehen, was man ganz konkret gesetzlich tun kann. Dies sollte als Empfehlung der Enquete-Kommission dann an die Länder gehen, die ja zuständig sind, um hier entsprechende Förderungsregelungen zu treffen. – Dies beides für unsere weitere Arbeit.

Danke schön.

(Beifall)

Abg Dr. Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen an Prof. Wolf, und dann werde ich noch etwas zu dem Thema der Unrechtsbereinigungsgesetze auf der Spur sagen, die von Herrn Meckel gewiesen worden ist.

Herr Dr. Wolf, Ihre Darstellung war für mich besonders eindrucksvoll, weil ich das alles sehr gut nachvollziehen konnte, was Sie da über Ihre eigene Tätigkeit gesagt haben. Aber gerade deswegen stellt sich mir die Frage: War dieses Neue Ökonomische System wirklich eine Chance nach dem Mauerbau?

Ich bin kein Fachmann auf Ihrem Gebiet und habe immer die Meinung gehabt und habe sie noch, daß angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen, die es in der modernen Welt schon seit dem Ende der Weltkriege gibt, eine Ökonomie, die sich so abgrenzt, wie das die sozialistischen Länder auch im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe getan haben, tatsächlich eben nicht auf das Niveau kommen und die Flexibilität erreichen kann, die man braucht.

Zweite Frage: Können Sie etwas zur Rolle von Herrn Wolfram Krause sagen, der ja der Autor des ersten Treuhandgesetzes ist, welches wiederum die Vorlage für das zweite Treuhandgesetz der Volkskammer vom 17. Juni 1990 geworden ist? Es wird ja heute ständig leidenschaftliche Kritik an der Treuhand geübt; es wird dabei aber meist vergessen, daß die Struktur, die sich jetzt äußerst hemmend auswirkt, ja aus DDR-Konzepten stammt.

Nun etwas zu den Unrechtsbereinigungsgesetzen. Es ist schon einigermaßen aufregend für unsereinen, die Diskussion heute mit anhören zu müssen. Die Kritikpunkte, die hier vorgetragen worden sind, sind ungefähr vor einem Jahr vom BÜNDNIS 90 bereits dem Bundesjustizministerium vorgelegt worden. Ich denke, einige der hier anwesenden Opferverbände beziehungsweise deren Vertreter werden sich noch an die Anhörungen erinnern, die hier in diesem Hause vor reichlich einem Jahr auf unsere Anregung hin stattgefunden haben.

Ich sage das, um noch einmal deutlich zu machen: Hier ist ja schon einmal eine Schlacht gekämpft worden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

zum Teil auch unter Mithilfe Ihrer Kollegen im Rechtsausschuß. Aber wir haben in all diesen Punkten verloren, und zwar sind wir in erster Linie am Widerstand des Finanzministeriums gescheitert.

Frau Michalk, Herr Dehnel, ich kann Ihnen nur eines sagen: Der Entwurf des zweiten Unrechtsbereinigungsgesetzes sieht so aus, daß die Hoffnungen, die Sie jetzt haben, in keiner Weise berechtigt sind. Ich denke, man muß auf jeden Fall, wenn man hier noch etwas erreichen will, auch aus dem Nichtfunktionieren des ersten Unrechtsbereinigungsgesetzes heraus

(Beifall)

den Weg beschreiten, den Herr Meckel vorgeschlagen hat. Es gibt nur noch diese beiden Möglichkeiten – entweder eine Verfassungsklage, der ich aber wegen der schwierigen Rechtslage nicht allzu viele Chancen beimesse, oder die Enquete-Kommission tut hier, wozu sie da ist, und macht der Rechtsprechung Beine,

(Zustimmung)

wie es in diesem Falle nötig ist, und sagt ihrerseits: Wir haben wiederum festgestellt, so geht es nicht.

Ich will dabei vor allen Dingen den krassesten Fall herausheben. Das sind jene vorhin erwähnten Deportierten von jenseits der Oder. Hier ist uns – dem Rechtsausschuß auch – wirklich übel mitgespielt worden. Wir haben schon dafür gekämpft, daß sie im ersten Unrechtsbereinigungsgesetz Berücksichtigung finden, haben dann schließlich auf die Zusage, daß bei dem geplanten Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, dessen Entwurf wir ja längst im Bundestag beraten haben, diese Gruppe angemessen berücksichtigt wird, vertraut. Was stattgefunden hat, ist ein Verweis auf die Stiftung. Die Betroffenen sind antragsberechtigt; das ist alles. Das kann man in keiner Weise eine angemessene Berücksichtigung nennen.

Ich kann nur sagen, das war ein schlimmes Spiel, was die Regierung hier mit dem Rechtsausschuß getrieben hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich hoffe, daß die Enquete-Kommission uns hier noch einmal eine Möglichkeit gibt, die Diskussion wieder aufzunehmen und diese dringend erforderlichen Nachbesserungen vorzunehmen.

(Beifall)

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, wir sind alle sehr beeindruckt von dem, was wir heute an Einzelschicksalen gehört haben. Ich bedauere sehr, daß doch relativ wenig Presse da ist. Ich bin überzeugt, wenn hier einige der ehemaligen „Größen“ der SED oder der Stasi gewesen wären, wäre auch Presse hiergewesen. Wenn der normale Bürger mit seinen Sorgen, mit seinen Problemen, mit seinen Schicksalen angehört wird, dann findet das leider in unseren Medien auch nicht den Anklang, den das Ganze verdient.

(Beifall)

Ich möchte aber ausdrücklich sagen, daß das nach meiner Meinung nicht daran liegt, daß nicht genügend Vorarbeit geleistet worden ist, sondern das ist so, daß Presse dann springt, wenn prominente Namen, wenn Knüller geboten werden, und offensichtlich sind die Einzelschicksale des normalen Bürgers eben nicht der Presseknüller, den man erwartet.

Das zweite: Ich möchte mich sehr gern Herrn Meckel anschließen und sagen, daß das, was hier noch an vielfältigen Problemen aufgelistet wurde und in den Schicksalen zum Ausdruck kam, von uns jetzt sehr schnell in der Nacharbeit zur heutigen Anhörung und zur morgigen Anhörung noch einmal subsumiert werden muß und daß wir – Herr Ullmann, ich teile Ihre Meinung – unserer Aufgabe gerecht werden und diese Punkte noch einmal in die zuständigen Ausschüsse hineinbringen müssen. Das Hauptproblem ist, soviel ich weiß – ich bin nicht in diesen Ausschüssen tätig gewesen –, tatsächlich das Finanzproblem. Hier beißen sich eben die Anforderungen des Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern mit den in meinen Augen auch berechtigten Wiedergutmachungsansprüchen, die die einzelnen Menschen haben. Wir sollten aber hier noch einmal miteinander tätig werden, wohl wissend – denke ich –, daß man Leid und Krankheit und seelische Bedrückung nicht mit Geld wiedergutmachen kann. Ich glaube, auch das müssen wir noch einmal sagen.

Ich möchte zu zwei Punkten noch etwas sagen, die im Laufe der Diskussion heute Nachmittag angesprochen worden sind. Einer der Herren aus dem Plenum hat gesagt: Es doch alles bekannt. – Ja, ich bin auch der Meinung, es war vieles von den Repressionen auch bei uns in der alten Bundesrepublik bekannt, aber vieles fand auch kein Interesse mehr. Auch dieses muß einmal sehr deutlich gesagt werden. Manche Publikation, die erschienen ist – auch von Organisationen, die hier vertreten sind – fand auch kein Interesse mehr, wurde nicht mehr abgenommen. Auch Broschüren des innerdeutschen Ministeriums fanden keine Abnehmer mehr; dafür interessierte sich niemand mehr. Auch darüber werden wir sicher noch einmal zu einem anderen Zeitpunkt sprechen.

Zu dem einem Herrn, der den Besuch von Honecker im Jahr 1987 erwähnte: Wir werden in der Kommission selbstverständlich auch über diese innerdeutschen Beziehungen sprechen, und Sie finden das in den Unterlagen auch ausgedruckt. Wir werden und ganz sicher auch über die Situation in der alten Bundesrepublik Deutschland unterhalten. All dies steht an.

Lassen Sie mich nur die eine Bemerkung machen: Wenn man von dem roten Teppich, der für Honecker ausgerollt worden ist, spricht, dann muß man genauso auch von der Rede sprechen, die Bundeskanzler Kohl abends in der Godesberger Redoute gehalten hat, in der er auf die Freiheit und den Wunsch

nach Einheit der Deutschen hinwies, auch darauf, daß wir uns mit der Mauer nie abfinden würden.

(Beifall)

Diese Rede von Helmut Kohl ist – Sie erinnern sich vielleicht noch – über alle Sender gelaufen, auch über die Sender der damaligen DDR. Das war eine Vorbedingung. Insoweit, denke ich, muß man diesen Besuch Honeckers sehr differenziert sehen. Daß er uns schwergewallen ist, dürfen Sie uns bitte abnehmen. Ich wollte nur erwähnen, daß man dann das ganze Spektrum sehen muß.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Herr Meckel noch nur einen Satz, und Herr Hansen zwei kurze Sätze.

Abg. Meckel (SPD): Ich wollte mich noch einmal kurz zu dem Stichwort Öffentlichkeit äußern. Ich denke, daß man mit dem, was hier kritisch gesagt wurde, ausgesprochen recht hat. Ich bin sicher, daß es vom Interesse her eine große Öffentlichkeit gegeben hätte, daß aber nicht entsprechend informiert worden ist. Die Information über die heutige Veranstaltung war ausgesprochen schlecht bis katastrophal. Dies betrifft die Kurzfristigkeit; das betrifft die Information in der Öffentlichkeit. Ich denke, daß die Berliner und die Leute, die im Umland leben oder weitere Reisen gern gemacht hätten, diesen heutigen Termin auch gern wahrgenommen hätten, wenn sie davon gewußt hätten.

Ich denke, da muß einiges geändert werden. Diese Jacke sollten wir uns anziehen. Man darf jetzt nicht einfach die Presse beschimpfen. Ich denke, es sind auch eine ganze Reihe von Journalisten hiergewesen. Die haben es gewußt, doch nicht die Bevölkerung.

(Zustimmung)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Es sind auch noch etliche hier, und denen sollte unser Beifall gelten. Es sind eben Leute, die nicht mit der Kamera herumlaufen, sondern sehr viel und intensiv mitschreiben. Sie sitzen da oben. – Herr Hansen, bitte.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich wollte jetzt nicht zu den internen Arbeitstechniken der Enquete-Kommission kleinkariert nachkarten, sondern gern ein Wort aufgreifen, das ein Herr in der Nachmittagsrunde gesagt hat. Das möchte ich gern noch einmal zitieren: „Die im Westen“ – und ich füge ein, ich komme selber aus dem Westen – „müssen auch in sich gehen und auch einiges hinzulernen.“ Für mich ist das, verzeihen Sie mir diese westliche Perspektive, ein sehr wesentlicher Satz – neben all dem selbstverständlicherweise Wesentlichen und nur Schmerz Auslösenden, war wir gehört haben.

Die Opferanhörung heute stand gewissermaßen in einem inhaltlichen Kontext

mit der Täteranhörung, die wir in einigen Wochen in einem auch sehr beziehungsreichen Raum in dieser Hauptstadt möglicherweise haben werden.

Die Kommission ist immer wieder aufgerufen – das ist für mich die Quintessenz eines Tages im Laufe von einem halben Jahr –, sich nicht nur darauf zu beschränken, immer nur die Vergangenheit so zu sehen, daß sie die Vergangenheit der einen Hälfte oder des einen Teils Deutschlands ist. Es ist auch hier deutlich geworden: Es geht, verdammt noch einmal, alle an. Insofern bin ich eigentlich sehr dankbar, daß auch mit Blick auf die gewünschten Konsequenzen, die gezogen werden sollen – etwa mit Blick auf den Rechtsausschuß oder insgesamt den Gesetzgeber – dies die Angelegenheit aller im Osten wie im Westen ist. Das wollte ich gerne einfach noch einmal bestätigt haben.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank, Herr Hansen. – Jetzt möchte ich gern all denjenigen, die hier vorn gesessen haben, noch die Möglichkeit zu einem kurzen Schlußwort geben, auch Ihnen, Herr Dr. Wolf; auch wenn Sie aus meiner Sicht sechs Anfragen bekommen haben, müssen Sie – denke ich – jetzt nicht zu jeder Frage noch einmal dezidiert antworten. Vielleicht gelingt es Ihnen in einer kurzen, zusammenfassenden Weise, darauf zu reagieren, weil uns die Zeit in der Tat wegläuft. Wir sind schon überfällig.

Jeder hat noch einmal das Wort. Frau Pohl, Sie sind auch zweimal gefragt worden. Vielleicht können Sie darauf dann gleich reagieren und dann noch etwas zum Schluß sagen. – Wer möchte anfangen?

Edeltraut Pohl: Ich kann nicht sagen, was in den Betrieben den Eltern passiert ist, weil wir in der Schule nie den Rücklauf bekommen haben, weil die Eltern ja nicht das Vertrauen zur Schule hatten und nicht gekommen sind.

Ich weiß aus Erfahrung – als ich schon nicht mehr in der Schule war –, daß ein Vater in eine andere Dienststelle versetzt worden ist. Ich weiß auch von Hausbewohnern aus dem Haus, in dem ich wohne, daß immer Erkundigungen über uns eingezo-gen worden sind. Welche Folgen das eventuell für uns hatte, werde ich feststellen, wenn ich vielleicht irgendwann einmal in meine Unterlagen einsehen kann. Von daher kann man dazu im Augenblick gar nicht soviel sagen.

Ich denke, die Antwort auf die andere Frage, wie man Kindern und Jugendlichen vielleicht helfen kann – ich habe viel mit Jugendlichen bei uns zu tun –, ist, daß man versucht, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die sind zum Teil eigentlich schizopren erzogen worden. Zu Hause wurde ihnen gesagt: Sagt bitte in der Schule nicht, wie wir jetzt darüber reden. – Oftmals oder meistens wurde zu Hause anders geredet als in der Schule. Jetzt ist also für sie eine Welt zusammengebrochen. Wem sollen sie denn nun glauben? Von den Eltern wurden sie so erzogen, daß ihnen gesagt wurde: Sagt nur nicht,

wie wir wirklich zu Hause denken. – In der Schule hatten sie zu den Lehrern auch kein Vertrauen. Es ist also schwierig.

Ich glaube, man muß eine Vertrauensbasis aufbauen und den Kindern oder den Jugendlichen auch eine Chance geben, irgendwo eine Perspektive zu haben – Freizeitangebote und dergleichen. Wichtig ist immer, daß man mit ihnen im Gespräch ist. Das ist also ganz wichtig, auch untereinander, daß dort Vorurteile abgebaut werden, daß sie sich gegenseitig akzeptieren können.

Im Augenblick verkriechen sie sich – zumindest stelle ich es bei unseren Jugendlichen oft fest –, wenn sie nicht aggressiv sind, in so eine Ecke, ziehen sich in eine Nische zurück. Das ist das eine.

Das andere: Ich denke, es gibt auch Jugendliche – da kommt es eben auf das Elternhaus an, wie sie zu Hause erzogen worden sind oder wie mit ihnen geredet worden ist –, die einen Neuanfang starten. Mein Sohn hat jetzt das Abitur nachgemacht. Der ist fast so alt wie Sie. Der hat sich noch einmal auf die Schulbank gesetzt und hofft, daß es klappt, noch einmal zu studieren. Bei meiner Tochter wird es vielleicht auch klappen.

Ich denke, es kommt darauf an, welches Verhältnis wir selber zu den Jugendlichen aufbauen.

Prof. Dr. Herbert Wolf: Ich bitte um Verzeihung, wenn ich mich zu einigen Fragen wirklich ganz kurz fasse. Zunächst zu den drei Daten, die genannt worden sind. 17. Juni 1953: Meine Auffassung ist, daß dies – ich glaube, das ist inzwischen auch durch die historischen Materialien belegt – eine gesellschaftlich verbreitete Bekundung des Arbeiterunmuts mit dem gegebenen System war, mit mehreren Einschränkungen meiner Meinung nach. Aber das würde jetzt zu weit führen. Ich will sie vielleicht nur antippen.

Die erste: Es hat bis zuletzt von oben aus Dummheit oder wie auch immer provokative Dinge gegeben. Es wurde vor dem 17. Juni etliches bereinigt, aber die Normerhöhung nicht zurückgenommen, die die Arbeiter natürlich auf die Barrikaden brachte.

Zweitens: Ich war selbst an den Diskussionen damals beteiligt und habe sehr oft gehört: Sozialismus ja, aber nicht mit dem Ulbricht. – Das ist also eine Frage, die man meiner Meinung nach mit zur Kenntnis nehmen muß.

August 1968: Das war meiner Meinung nach a) – ich habe das vorhin angedeutet – die internationale Bekundung, daß die Zeit der Reformen aufzuhören hat, und b) war es eine – ich muß es so nennen, es tut mir leid – rein imperialistische Abgrenzung der Interessensphären zwischen USA und UdSSR, weil nämlich die CSSR zur Interessensphäre der Sowjetunion gerechnet wurde, und infolgedessen wurden die tschechischen Reformer allein gelassen.

Was den Mauerbau angeht, so konnte man in den ersten Jahren – ich gestehe es offen und, wenn Sie so wollen, meinetwegen auch selbstkritisch – annehmen,

es sei eine normale Grenzsicherung, die man mit normaler Grenzkontrolle und beiderseitiger Durchlässigkeit haben könnte. In dem Moment aber, wo dies das Einsperren des ganzen Volkes bedeutete, offenbarte es die Pleite dieses Systems.

Auf die Frage von Herrn Ullmann, ob das NÖS eine Chance hatte, will ich nur mit einer These antworten – mit einem Angebot verbunden. Nach meiner festen Überzeugung hat es in den ersten Jahren, mindestens 1963 bis 1965, vielleicht bis 1966 und 1967 hinein eine echte Chance zu gegeben, einen menschlichen, einen freiheitlichen, einen effizienten, einen attraktiven Sozialismus aufzubauen, aber nicht mit einer nationalen Autarkie. Das ist nach meinem Dafürhalten einer der Gründe für den Selbstmord Apels gewesen, ich will das hier direkt aussprechen –, weil er eine andere Konzeption hatte. Ich bin gern bereit – das ist mein Vorschlag –, dazu vielleicht in unserer Enquete-Kommission einmal 10 Minuten oder eine Viertelstunde lang im Zusammenhang darzutun, was meine persönlichen Erfahrungen sind, denn ich war damals sozusagen im engsten Kreis damit befaßt.

Ich bitte mich von der Beantwortung der Frage nach Wolfram Krause zu entbinden. Ich bin gern bereit, Herr Ullmann, mit Ihnen persönlich darüber zu sprechen. Er ist hier heute nicht anwesend. Ich kann dazu sagen: Ich kenne ihn seit 1963 in den verschiedensten Funktionen und habe keine sehr hohe Meinung von ihm. – Genügt das vielleicht in der Eile?

Nun zu den Fragen, die Herr Krause aufgeworfen hat. Ich habe sie eigentlich mehr als Feststellungen genommen. Es ist für meine Begriffe wichtig: Wenn wir über Filz oder Seilschften oder irgend etwas sprechen, dann tun wir das heute mit gutem Recht in negativem Sinne. Aber es ist auch wahr: Es gab Schulen – zum Beispiel war Herr Schlegel in den fünfziger Jahren unmittelbar einer meiner Mitarbeiter –, es gab eine ganze Reihe von Ökonomen, die in der Tat aus den offiziellen Materialien – aus den offiziellen Materialien, andere waren nämlich verboten – dennoch in der Lehre eine ganze Reihe von für die Studenten wichtigen Dingen abgeleitet haben. Ob sie tief gegriffen und gewirkt haben, weiß ich nicht. Sie haben es selbst gesagt – so ist es in einigen Fragen im Endeffekt doch nicht gewesen.

Zur Frage von Frau Michalk hier auch ein Angebot. Ich will nur sagen: Meine Betätigung bezog sich ausschließlich auf die Ausbildung von Ökonomen, und da ging es um solche Dinge wie scharfe Reduzierung der Pflichtstundenzahl, Einführung von fakultativen und wahlobligatorischen Fächern, Prüfungspraktikum, Vorpraktikum und Berufspraktikum innerhalb dessen. Es ist keineswegs alles durchgegangen, weil das nicht völlig systemkonform war.

Mein Angebot, Herr Passauer beziehungsweise Herr Vorsitzender: Wenn wir das Themengebiet 2 behandeln, könnte man zur Frage, was denn das für Bestrebungen in den letzten Jahren im Hochschulwesen in dieser Richtung waren und welche warum nicht zum Tragen gekommen sind, sprechen. Auch

dazu wäre ich gern bereit, etwas zu sagen, denn ich habe mich über 10 Jahre dort bemüht und bin 1987 mit riesengroßem Krach zurückgetreten, weil ich auch sah, daß ich nicht durchkam.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Das Angebot werden wir sicher annehmen und erst einmal notieren. – Herr Beleites, wollen Sie noch etwas sagen?

Michael Beleites: Ich möchte eigentlich kurz noch einmal den Vorschlag von Herrn Meckel sehr unterstützen, es mit dieser Anhörung heute nicht bewenden zu lassen, sondern zu sehen, wie man das nun aufgreifen und konkret und möglichst rasch in Hilfe, die die Betroffenen erfahren können, umsetzen kann, damit sich die bundesdeutsche Bürokratie für diejenigen, die von der Stasiverfolgung betroffen sind, nicht weiterhin als eine Art Ausführungsorgan von Stasientscheidungen darstellt, sondern damit man hier wirklich rasch zu Erleichterungen kommt.

Ich denke, daß es ja nicht immer um Geld gehen muß. Gerade, um jetzt für berufliche und Bildungsdiskriminierung irgendwie entschädigen zu können, muß man jetzt wirklich danach fragen, welcher Personenkreis betroffen ist, und dieser Personenkreis ist einzugrenzen. Da muß man fragen: Was ist passiert? Wie kann man jetzt zum Beispiel dieser Zeitverzögerung entgegenwirken? Wie kann man auch bestimmte Arbeiten oder Publikationen, die die Leute gemacht haben, in bestimmter Art und Weise anerkennen usw.?

Das, denke ich, ist auch eine Sache, die man von dieser Enquete-Kommission erwartet, daß das nicht so zählebig läuft und sich an irgendwelchen Etatfragen abbremsen läßt. Es gibt viele Dinge, die hier zu regeln wären, die unabhängig vom Geld zu entscheiden sind.

(Beifall der Abg. Angelika Barbe (SPD))

Dr. Jutta Seidel: Ich denke, daß die Leute, die sich gewehrt haben, relativ viele Blessuren davongetragen haben, aber auch viele wertvolle Erfahrungen gemacht haben. Ich denke, daß die Erfahrungen überwiegen.

Ich denke, daß bei dem, was Prof. Schroeder sagte – daß die DDR-Bürger durch die Bedrohungen der Stasi zu schnell den Rückzug angetreten haben; so ähnlich haben Sie es formuliert –, viel Anpassung an die gesellschaftlichen Bedingungen, an vermeintliche Erfordernisse gewesen ist; dies ist im Westen eigentlich genauso.

Wir haben uns neulich mit den Frauen für den Frieden und mit Frauen aus dem Westen nach vielen Jahren das erste Mal wieder getroffen. Wir haben festgestellt, daß wir aufgrund unserer Stasierfahrungen eigentlich für dieses gemeinsame Deutschland besser gewappnet sind als die Westfrauen.

(Beifall)

Ich hoffe, daß wir das irgendwo auch herüberbringen können. Wir werden uns nicht so ganz schnell wieder mit Geheimdiensten einverstanden erklären.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Ich möchte Ihnen allen herzlich danken, Ihnen, die Sie hier vorn mit mir gegessen haben, mit Zittern und Zagen, aber dieses Zittern und Zagen ist heutzutage die glaubwürdigste Form, öffentlich zu reden, und dieses hat uns sehr wohlgetan. Deshalb möchte ich mich bei Ihnen bedanken, aber auch bei Ihnen allen, die Sie sich am Gespräch beteiligt haben, und übergebe jetzt zum Schlußwort des Wort unserem „großen“ Vorsitzenden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das Schlußwort ist kein Schlußwort, sondern es sind bloß noch vier Dinge, die einfach am Ende dieses Abends noch gesagt werden müssen.

Das eine ist: Da wir die Zeit überzogen haben, fährt der Bus nicht um 18.30 Uhr ab – dann wäre er längst weg, und wir müßten nach Hohenschönhausen in den Knast laufen. Ich schlage vor, daß wir uns so beeilen, daß wir um 19.15 Uhr unten vor dem Südportal, also vor dem Haupteingang, dann losfahren können.

Nochmals die Einladung an die Journalisten: Journalisten, die unseren Besuch nutzen wollen, um selber dort mit hineinzukommen, können dies tun. Wir können uns dann vor dem Gefängnis in Hohenschönhausen treffen. Allerdings habe ich mich eben noch einmal erkundigt – der Bus ist voll; Sie müßten also Ihr eigenes Fahrzeug nutzen.

Das zweite ist: Weil Sie heute soviel Schelte bekommen haben – Sie sind allerdings einmal schon gelobt worden von Ralf Hirsch, das bezog sich aber auf die Vergangenheit –, möchte ich die Journalisten hier auch öffentlich noch einmal loben. Es sind nämlich heute 51 unter uns gewesen, vier Fernsehteams, die haben hier bloß alle kein Schild auf dem Bauch getragen: Ich bin ein Journalist. Sie sind also besser gewesen, als mancher hier den Eindruck erwecken wollte. Man muß ja außerdem sehen, daß der Honecker-Prozeß heute auch noch läuft. Die haben also arbeitsteilig arbeiten müssen, und dann, finde ich, sind 51 eine ganz ansprechende Zahl. Es sitzen immer noch welche unter uns, ich sehe sie, ich kenne sie schon seit vielen Jahren.

Wir werden damit leben müssen, daß nur dann mehr kommen, wenn Boris Becker und Jim Courier Tennis spielen. Das mag man beklagen, aber es ist so.

Ein Drittes: Ich möchte uns allen danken, die wir hier bis jetzt ausgehalten haben – und ich betone noch einmal, darunter sind auch Journalisten –, und ich möchte Sie einladen – sagen Sie das auch weiter –: Es geht morgen weiter, noch einmal von 9.00 bis 13.30 Uhr; ab 11.00 Uhr etwa wird die Bundestagspräsidentin unter uns sein und dann versuchen, für beide Tage eine Zusammenfassung vorzunehmen. Sie wird sich morgen früh noch über den Verlauf des heutigen Tages informieren lassen.

Einen Satz möchte ich doch noch sagen, weil für meinen Eindruck das Sekretariat ein bißchen Schelte bekommen hat, und zwar öffentlich. Vor mir liegt der „Berliner Kurier“ vom 28. November. Darin wird auf die heutige und morgige Anhörung hingewiesen. Vor mir liegt die „Berliner Zeitung“ von heute mit einem hübschen Foto von Markus Meckel.

(Angelika Barbe (SPD): Sehr spät!)

– Ich will bloß darauf hinweisen, der „Berliner Kurier“ hat es am 28.11. gebracht. Wann Zeitungen was bringen, entscheiden sie – manchmal kann man auch sagen, zum Glück – ein bißchen selber.

Herzliche Einladung also noch einmal: Kommen Sie bitte morgen wieder. Erzählen Sie davon, überlassen Sie das nicht nur den Journalisten. Ich glaube, unser Unternehmen kann nur gelingen, wenn möglichst viele von uns Deutschen – egal, wo sie geboren sind, egal, wo sie in den letzten 30 oder 40 Jahren gelebt haben – sich fragen: Wie war das mit meinem Leben und meinen Erfahrungen in den letzten 45 Jahren?

Herzlichen Dank. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung 19.08 Uhr